



HDI Pensionskasse AG auf einen Blick.

	2012	2011	+/- %
TEUR			
gebuchte Bruttobeiträge	119.688	118.241	1,2
Neugeschäftsbeiträge (APE-Basis) ¹⁾	4.605	5.816	-20,8
Bruttozahlungen für Versicherungsfälle	16.799	12.295	36,6
versicherungstechnische Nettorückstellungen ²⁾	1.045.959	859.537	21,7
Kapitalanlagen ³⁾	1.064.646	932.045	14,2
Ergebnis aus Kapitalanlagen ³⁾	51.654	32.413	59,4
Nettoverzinsung (in %)	5,4	3,9	

1) Annual Premium Equivalent (laufende Neugeschäftsbeiträge + 1/10 der Neugeschäfts-Einmalbeiträge)

2) einschließlich Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird

3) einschließlich Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen

Inhalt.

4	Verwaltungsorgane der Gesellschaft
4	Aufsichtsrat
5	Vorstand
6	Lagebericht
6	Geschäft und Rahmenbedingungen
11	Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
13	Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen
13	Nachtragsbericht
13	Risikobericht
19	Prognosebericht
22	Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (Anlage 1 zum Lagebericht)
24	Bewegung des Bestandes an Zusatzversicherungen (Anlage 2 zum Lagebericht)
25	Versicherungsarten (Anlage 3 zum Lagebericht)
27	Jahresabschluss
28	Bilanz zum 31. Dezember 2012
30	Gewinn- und Verlustrechnung
32	Anhang
48	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
49	Überschussbeteiligung
54	Bericht des Aufsichtsrats

Verwaltungsorgane der Gesellschaft.

Aufsichtsrat

Ulrich Rosenbaum

Vorsitzender

Mitglied des Vorstands der Talanx Deutschland AG

Brühl

Jörn Stapelfeld

stellv. Vorsitzender

Mitglied des Vorstands der Talanx Deutschland AG

Hamburg

Gerhard Frieg

Mitglied des Vorstands der Talanx Deutschland AG

Heidelberg

Vorstand

Markus Drews

Mitglied des Vorstands
der Talanx Deutschland AG,
Hannover

Im Vorstand der
HDI Pensionskasse AG
verantwortlich für

- Vertrieb und Marketing
- Underwriting und Kundenservice
- Controlling und Risikomanagement
- Geldwäschebekämpfung
- Compliance
- Datenschutz

Dr. Bodo Schmithals

Im Vorstand der
HDI Pensionskasse AG
verantwortlich für

- Vermögensanlage und -verwaltung
- Rechnungswesen, Bilanzierung und Steuern
- Aktuarielles Controlling
- Produktmanagement
- Mathematik
- Rückversicherung
- Revision

Lagebericht.

Geschäft und Rahmenbedingungen

Geschäftstätigkeit, Organisation und Struktur

Unternehmenspolitischer Hintergrund

Mit dem Erwerb des Gerling-Konzerns durch die Talanx AG, der Eigentümerin der HDI Versicherungen, fanden zwei Unternehmen zusammen, die beide auf eine mehr als einhundertjährige Geschichte zurückblicken können. 2006 erfolgte die Fusion der Pensionskassen von HDI und Gerling zur HDI-Gerling Pensionskasse AG.

Um noch kundenorientierter, transparenter und effizienter agieren zu können, wurden im September 2012 im Talanx-Geschäftsbereich Privat- und Firmenversicherung Deutschland die Marken HDI, HDI 24 und HDI-Gerling unter der neuen alten Marke HDI zusammengefasst. Die ehemalige HDI-Gerling Pensionskasse AG firmiert seither als HDI Pensionskasse AG.

Die HDI Pensionskasse AG ist Teil des Talanx-Geschäftsbereichs Privat- und Firmenversicherung Deutschland. Ihr Sitz ist Köln.

Gegenstand unserer Gesellschaft ist die Durchführung betrieblicher Altersversorgung im Wege einer überbetrieblichen Pensionskasse. Angeboten werden aufgeschobene Rentenversicherungen sowohl in der Form der beitragsorientierten Leistungszusage als auch in der Form der Beitragszusage mit Mindestleistung sowie Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen und selbständige Berufsunfähigkeitsversicherungen.

Unsere Vertriebspartner

HDI verfolgt verstärkt das Ziel, den Kunden einen einfachen Zugang zu den Vorsorgeprodukten und vielfältigen Beratungs- und Serviceleistungen zu bieten. Bestandteil dieses Bestrebens ist, die Zusammenarbeit mit sorgfältig ausgewählten Vertriebspartnern in allen relevanten Vertriebswegen zu pflegen und auszubauen.

Wesentliche Erfolgsfaktoren sind dabei die Zusammenarbeit mit regional tätigen Maklerbetrieben mit überregional tätigen Vertriebsorganisationen sowie mit unserem Exklusivvertrieb. Hierzu wurden geeignete Managementstrukturen zur übergreifenden Steuerung unserer Vertriebseinheiten geschaffen.

Unser besonderes Augenmerk gilt der aktiven Begleitung der besonderen Herausforderungen, denen sich unsere Vertriebspartner zu stellen haben. Insbesondere den Herausforderungen Nachwuchsge-
winnung sowie qualitativ hochwertigen Aus- und Weiterbildung stellen wir uns mit besonderem Engagement. Neben den eigenen Aktivitäten für unsere Exklusivvertriebe engagieren wir uns auch im Rahmen einer Fördermitgliedschaft in der aktiven Zusammenarbeit mit der „Deutsche Makler Akademie“.

Dienstleistungen im Konzernverbund

Die Einbindung der HDI Pensionskasse AG in eine große Versicherungsgruppe ermöglicht die gemeinsame Nutzung gesellschaftsübergreifend organisierter Funktionen und damit die sinnvolle Nutzung von Synergien und Ressourcen. Hierdurch können Kostenvorteile einer einheitlichen Bearbeitung im Konzern genutzt und bessere Konditionen bei Lieferanten erreicht werden.

Wesentliche Dienstleistungen übergreifend tätiger Funktionsbereiche, wie z.B. Rechnungswesen, In-/Exkasso und Personal werden unter anderem über die Talanx Service AG und die HDI Kundenservice AG zentral für alle Inlandsgesellschaften des Talanx-Konzerns erbracht, also auch für die HDI Pensionskasse AG. Darüber hinaus nutzt die HDI Pensionskasse AG die zentralen Dienstleistungen der Talanx Asset Management GmbH, die die Vermögensverwaltung für die Versicherungsgesellschaften im Konzern betreibt, sowie die IT-Dienstleistungen der Talanx Systeme AG.

Themen des Berichtsjahres

Konzernprojekte fortgesetzt

Im Jahr 2012 wurden die Umstrukturierungs- und Optimierungsprozesse im Talanx-Konzern fortgeführt mit dem Ziel, den Anforderungen von Kunden, Vertriebspartnern und Finanzmarkt noch besser gerecht zu werden. An der Mehrmarkenstrategie hält der Konzern fest.

Neugestaltung des Geschäftsbereichs Privat- und Firmenversicherung Deutschland

Im Berichtszeitraum ist die Konzeption der Neuausrichtung des Geschäftsbereichs abgeschlossen worden. Ziel der Neuausrichtung ist eine Modernisierung der Aufbau und Ablauforganisation. Am 1. Juni 2012 fiel der Startschuss zur Umsetzung der im Programm „WIR“ geplanten Maßnahmen. Unmittelbar zuvor waren die dazu notwendige Grundlagenvereinbarung und der Sozialplan mit dem Konzernbetriebsrat beschlossen worden.

Während im Betriebsbereich der Sachversicherung seither weitreichende Veränderungen und Neuorganisationen auch im Zuge der Verringerung der Zahl der Standorte erfolgen, steht im Betriebsbereich Lebensversicherung die Arbeit an Verbesserungen von Services und Prozessen im Vordergrund.

Eine zentrale Veränderung im Vertrieb ist die Einführung des übergreifenden Vertriebsmanagements für die drei künftigen Vertriebswege Exklusivvertrieb, Maklervertrieb und Kooperationen. Die neue Einheit hat am 1. Oktober ihre Arbeit aufgenommen. Gleiches gilt für das neu geschaffene Ressort Kooperationen. Auch das Filialkonzept für den Exklusivvertrieb nimmt Gestalt an. Zwei neue Filialen wurden bereits eröffnet. Im Maklervertrieb ist die Direktion in München zusammengelegt worden. Damit sind dort die Bereiche Leben und Sach unter gemeinsamer Führung.

Ende September 2012 wurden im Geschäftsbereich Privat- und Firmenversicherung Deutschland die Marken HDI, HDI24 und HDI-Gerling zu HDI. Damit verbunden waren auch gesellschaftsrechtliche Umfirmierungen und Verschmelzungen sowie ein neuer Internetauftritt für die Marke HDI. Dieser ist nun vom Internetauftritt der Industrieversicherungsmarke HDI-Gerling getrennt. Mit dieser Vereinfachung in der Markenlandschaft steigt die Effizienz im Geschäftsbereich. Darüber hinaus sind inzwischen bereits weitere Maßnahmen aus dem Programm WIR umgesetzt, die eine Effizienzsteigerung im Geschäftsbereich bewirken und die Komplexität reduzieren.

Dank des Vorstands

Die Ergebnisse des vergangenen Geschäftsjahres sind wesentlich auf die Kompetenz und das außerordentliche Engagement der zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückzuführen. Für ihren Einsatz und ihre Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für unsere Gesellschaft bedankt sich die Geschäftsleitung bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dank gebührt auch dem Betriebsrat für die stets konstruktive und faire Zusammenarbeit.

Märkte und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Volkswirtschaftliche Entwicklung

Das beherrschende und die weltweite konjunkturelle Entwicklung prägende Thema im Berichtsjahr war ein weiteres Mal die Staatsschuldenkrise in Europa. Aber auch auf globaler Ebene hat sich das Konjunkturmilieu 2012 überwiegend als fragil erwiesen, wobei sich die Aussichten zum Jahresende etwas verbessert haben, wenn auch regional begrenzt. So hat die Erholung in den USA in der zweiten

Jahreshälfte an Fahrt gewonnen, wovon insbesondere die Schwellenländer profitieren konnten, allen voran China. Hingegen blieb die konjunkturelle Lage in der Eurozone schwierig. Ausdruck dieser diffizilen Lage im Euroraum sind gleichfalls die im Jahresverlauf zahlreich getroffenen, mitunter einschneidenden Maßnahmen: Im Frühjahr 2012 platzierte die EZB ihren zweiten Drei-Jahres-Tender, und die privaten Gläubiger Griechenlands verzichteten auf einen Teil ihrer Forderungen. Beim EU-Gipfel Ende Juni 2012 wurde als Reaktion auf die Krise des spanischen Bankensektors beschlossen, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) zukünftig Banken direkt unterstützen soll. Im September gab die EZB Details zu ihrem neuen Anleihekaufprogramm bekannt. Damit kann sie im Bedarfsfall unbegrenzt Staatsanleihen von Krisenländern kaufen. Im November einigten sich die Eurozone und der Internationale Währungsfonds (IWF) auf ein weiteres Rettungspaket für Griechenland und die EU-Finanzminister verständigten sich auf die EZB als künftigen obersten Aufseher der Banken im Euroraum.

De facto glitt die Wirtschaft der Eurozone 2012 in die Rezession ab: Sie verzeichnete nach einem gegenüber dem Vorquartal stagnierenden ersten Quartal im weiteren Verlauf leichte Rückgänge. Die deutsche Wirtschaft wuchs im ersten Quartal 2012 noch überraschend stark um 0,5 % zum Vorquartal, konnte in den Folgequartalen aber nur noch moderat zulegen. Nach zuletzt sechs Rückgängen des Ifo-Index (im Oktober 2012 mit dem niedrigsten Niveau seit Februar 2010) konnte dieser vielbeachtete Konjunkturindikator im Dezember wieder mit einem Stand von 102,4 positiv überraschen. Die Arbeitslosenquote im Euroraum erreichte im November ein neues Rekordhoch von 11,8 %, dabei hat allein Spanien mit einer Arbeitslosenquote von über 25 % zu kämpfen.

Haupttriebfeder der globalen Wirtschaft waren einmal mehr die Vereinigten Staaten. Während sich das US-Wachstum zunächst von annualisierten 2,0 % im ersten Quartal auf 1,3 % im zweiten Quartal abschwächte, konnte die US-Wirtschaft im dritten Quartal mit 3,1 % bereits wieder zulegen. Die Arbeitslosenquote fiel auf ein Vierjahrestief von 7,8 %, und die Daten für den Häusermarkt zeigten im Jahresverlauf eine stetige Erholung. Für das Vereinigte Königreich zeichnete sich ein ähnlich rezessives Bild wie in der Eurozone ab. So schrumpfte hier die Wirtschaft im ersten Quartal 2012 um 0,2 % zum Vorquartal und im zweiten Quartal 2012 sogar noch stärker. Im dritten Quartal kam der Sondereffekt der Olympischen Sommerspiele in London zum Tragen, der zu einem Zuwachs von 0,9 % führte. Auf Jahressicht dürfte die Wirtschaft in Großbritannien dennoch leicht schrumpfen.

Die Geldpolitik der großen Zentralbanken blieb im Jahresverlauf unverändert äußerst expansiv. Im Euroraum reduzierte die EZB im

Juli den Leitzins von 1,0 % auf 0,75 %. Die EZB kündigte an, den Euro in jedem Fall zu stützen. In den USA weitete die Fed ihr Programm der „quantitativen Lockerung“ aus und überraschte mit ihrem Vorhaben, an ihrer Nullzinspolitik festzuhalten, bis die Arbeitslosenquote wieder bei 6,5 % liegt. In Großbritannien erhöhte die Bank of England ihr Programm zum Kauf von Wertpapieren im dritten Quartal auf nunmehr 375 Mrd. GBP.

Die Inflationsraten in der Eurozone lagen im Jahresverlauf durchweg über dem Zielband der EZB, fielen im November aber wieder auf 2,2 %. Während in den USA die Inflationsraten im ersten Quartal 2012 noch bei knapp 3 % lagen, beliefen sie sich im vierten Quartal 2012 auf nur noch 1,8 %. Auch im Vereinigten Königreich schwächte sich die Inflation im Jahresverlauf von rund 3,5 % auf zuletzt 2,7 % ab.

Während der Euro gegenüber dem US-Dollar im ersten Halbjahr 2012 im Zuge der anhaltenden Euroschuldenkrise von rund 1,35 USD je EUR auf 1,21 USD je EUR deutlich abwertete, konnte er im weiteren Verlauf speziell dank des Euro-Stützungsversprechens der EZB wieder zulegen. Er notierte im Schlussquartal auf einem Niveau von 1,32 USD je EUR.

Kapitalmärkte

Auch an den Rentenmärkten beherrschten im Berichtsjahr die Euroschuldenkrise und die Liquiditäts- bzw. Refinanzierungssituation im Bankensektor die Marktentwicklung. Das Jahr startete mit einer risikofreudigen Einstellung der Marktteilnehmer, obwohl nachhaltige Fortschritte bei der Lösung der Krise nicht in Sicht waren. Die Diskussion um den Schuldenschnitt in Griechenland war bis zu seiner Umsetzung Anfang März ein ständiger Belastungsfaktor. Trotzdem sorgten die beiden Drei-Jahres-Tender der EZB zumindest unter Liquiditätsgesichtspunkten für eine Marktberuhigung.

Zu Jahresbeginn setzte eine sehr aktive Neuemissionstätigkeit über verschiedene Assetklassen ein. Aufgrund der alternativen Funding-Möglichkeiten über die EZB war es nicht verwunderlich, dass der Anteil an Finanzanleihen deutlich geringer war als in den letzten Jahren. Den insgesamt größten Anteil hatten Staatsanleihen, wobei Spanien und Italien im ersten Quartal (insbesondere im Januar) die Treiber waren.

Im zweiten Quartal fokussierten sich die Investoren auf die ungelösten Probleme der Eurozone und das schwache makroökonomische Umfeld und positionierten sich wieder deutlich risikoaverser. Der Neuemissionsmarkt zeigte über weite Strecken nur noch eine sehr geringe Aktivität, und die Rentenmärkte waren wieder deutlich volatil. Risikoaufschläge weiteten sich in der Breite aus und Rendi-

ten für Bundesanleihen gaben stark nach. Zehnjährige Bundesanleihen markierten Ende Mai mit ca. 1,13 % neue historische Tiefstände.

Trotz der Sorge um eine erneute Krisenverschärfung kristallisierte sich im dritten Quartal insgesamt eine spreadfreundliche Nachrichtenlage heraus. Im Juli noch zögerlich und volatil, setzte ab August ein relativ stabiler Trend in der Spreadeinengung an den Kreditmärkten ein. Insbesondere die klare Positionierung der EZB mit der Ankündigung weiterer Anleihekäufe war der Ausgangspunkt für eine positive Entwicklung. In diesem Umfeld herrschte bei den Corporate-Financial- und Covered-Bond-Emittenten ein reges Refinanzierungsinteresse, das bei Investoren auf ein hohes Anlageinteresse stieß. Auf einen emissionsseitig überdurchschnittlich aktiven August folgte ein nochmals deutlich aktiverer September. Insbesondere in Spanien und Italien war das Funding-Interesse hoch. Das Ratingumfeld blieb insgesamt unter Druck: Im dritten Quartal gab es in der Eurozone bei diversen Banken und Staaten (Spanien, Italien, Slowenien, Zypern) eine Reihe von Downgrades.

Im vierten Quartal setzte sich die positive Entwicklung fort. Trotz vieler ungelöster Probleme – wie die Bankenrettung in Spanien, der Anleiherückkauf Griechenlands, schleppende Reformen in Frankreich, Diskussionen zur Fiskalklippe in den USA –, anstehender politischer Entscheidungen wie die Wahl in Italien im Februar 2013 sowie weiterer negativer Nachrichten (Downgrade Frankreichs auf AA+ und des EFSF auf Aa1) zeigten die Rentenmärkte insgesamt eine sehr stabile Entwicklung. Zum Ende des Jahres notierten deutsche Staatsanleihen bis zu einer Restlaufzeit von drei Jahren mit leicht negativen Renditen. Zweijährige Bundesanleihen notierten Ende Dezember bei -0,02 %, fünfjährige bei 0,29 % und zehnjährige Bundesanleihen zeigten eine Rendite von 1,29 %.

Nach den starken, im Wesentlichen liquiditätsgetriebenden Kursgewinnen an den Aktienmärkten im ersten Quartal kamen die Aktienmärkte im zweiten Quartal stark unter Druck. Politische Maßnahmen wie sinkende Leitzinsen im Euroraum und in China, die Pläne der EZB, erneut Staatsanleihen zu kaufen, und weitere quantitative Lockerungen durch die Fed sorgten im dritten Quartal jedoch wieder für steigende Kurse. Robuste US-Konjunkturdaten und eine Erholung der Frühindikatoren in Deutschland und China verhalfen im vierten Quartal den europäischen Märkten zu weiteren Kursgewinnen. Die drohende Fiskalklippe in den USA, die automatische Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen vorsieht, dämpfte die Entwicklung am US-Aktienmarkt im Schlussquartal. Auf Jahressicht konnte der DAX einen fulminanten Zuwachs von +29 % verbuchen, auch die Entwicklung des EURO STOXX 50 war mit +14 % beachtlich. Der Dow Jones konnte im Vergleich zum Jahresbeginn gut 7 % zulegen.

Deutsche Versicherungswirtschaft

Die Ausführungen zu den Versicherungsmärkten stützen sich insbesondere auf Veröffentlichungen des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV).

Die deutsche Versicherungswirtschaft hat 2012 in einem herausfordernden wirtschaftlichen Umfeld agiert. Es war von der im fünften Jahr andauernden Finanz- und Staatsschuldenkrise geprägt, die das wirtschaftliche Umfeld in Europa schwächt. Darüber hinaus stellte die anhaltende Niedrigzinsphase eine Belastungsprobe für die Branche dar – insbesondere für die Lebensversicherer. Dank langfristig orientierter Kapitalanlagestrategie, breit diversifiziertem Anlagepektrum mit geringem Engagement in den Krisenstaaten und ausgeklügeltem Risikomanagement konnten negative Auswirkungen auf das eigene Geschäft und für die Kunden vermindert werden. Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen hat sich die Geschäftsentwicklung in der deutschen Versicherungswirtschaft im Berichtsjahr insgesamt stabil gezeigt. Spartenübergreifend war eine leichte Zunahme der Beitragseinnahmen zu verzeichnen, die auf ihr bisher höchstes Niveau seit 1990 gestiegen sind. In der Schaden- und Unfallversicherung fiel das Wachstum so kräftig aus wie zuletzt 1994, und in der Lebensversicherung gab es im Geschäft gegen laufenden Beitrag seit Ausbruch der Krise zum zweiten Mal in Folge ein moderates Wachstum.

Entwicklung des Pensionskassenmarktes

Nach wie vor spielen Lebensversicherungsverträge auch in der betrieblichen Altersversorgung eine bedeutende Rolle.

Der Neuzugang belief sich den vorläufigen Ergebnissen des GDV zur Folge auf rund 173.000 Verträge, womit ein Rückgang von 10,9 % zu verzeichnen war. Die laufenden Neugeschäftsbeiträge gaben um 9,9 % auf 171,9 Mio. EUR nach, die Einmalbeiträge stiegen um 19,2 % auf 143,1 Mio. EUR an. Die Beitragssumme des Neugeschäfts erreichte eine Höhe von 4,9 Mrd. EUR (-8,4 %).

Aus einem Bestand von 3,6 Mio. Verträgen wurden gebuchte Bruttobeiträge von nahezu 2,9 Mrd. EUR und somit ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 1,8 % erzielt.

Rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen

Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Weltweit ist eine Tendenz zur Verschärfung der Regulierung und Aufsicht über Banken und Versicherungsunternehmen – auch im Rahmen von Stresstests – und zu erhöhten Anforderungen an deren Kapitalausstattung zu beobachten. Besonders im Fokus steht dabei die sogenannte Systemrelevanz: Unternehmen, deren Zusammenbruch unabsehbare Folgen für die gesamte Finanz- und Versicherungswirtschaft hätte und die in diesem Sinne systemrelevant sind, müssen zukünftig mit erheblich höheren aufsichtsrechtlichen Anforderungen rechnen, insbesondere im Hinblick auf ihre Kapitalausstattung. Dies entspricht einem jedenfalls auf Banken bezogenen Beschluss, den die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20) am 4.11.2011 in Cannes im Hinblick auf 29 namentlich benannte Banken gefasst hat. Für die Versicherungswirtschaft ist die International Association of Insurance Supervisors (IAIS) beauftragt worden zu prüfen, ob – entgegen den Einschätzungen der Versicherungswirtschaft – auch (reine) Versicherungsunternehmen als global systemrelevant einzustufen sind, insoweit Prüfkriterien zu entwickeln und gegebenenfalls global systemrelevante Versicherungsunternehmen zu identifizieren. In diesen Prüfprozess ist auch der Talanx-Konzern eingebunden, der nach Auffassung des Verwaltungsgerichts Frankfurt allerdings ausdrücklich nicht als im oben beschriebenen Sinn systemrelevant einzustufen ist. Resultate werden im aktuellen Jahr erwartet. Weitere gegenwärtig diskutierte Reformvorschläge betreffen beispielsweise die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der Europäischen Union.

In jüngerer Vergangenheit haben sich zudem grundlegende Änderungen in der Struktur der Aufsichtsorgane ergeben, insbesondere auf EU-Ebene. Zum 1.1.2011 ist an die Stelle des bisherigen Committee of European Insurance and Occupational Pensions Supervisors (CEIOPS) die neue European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) mit Sitz in Frankfurt getreten, deren Hauptaufgabe in der Entwicklung und Ausarbeitung von technischen Standards, Empfehlungen und Leitlinien zur Koordination der nationalen Aufsichtsbehörden besteht. EIOPA kann zwar grundsätzlich keine Anordnungen gegenüber deutschen Versicherungsunternehmen treffen; sie kann aber Leitlinien zur einheitlichen Auslegung und Anwendung der europäischen aufsichtsrechtlichen Solvency-II-Vorschriften veröffentlichen. Diese – eigentlich nur eine Behördenansicht dokumentierenden Dokumente – haben durch einen sogenannten Comply-or-explain-Mechanismus erhebliche Bedeutung für die nationale behördliche Verwaltungspraxis, so auch die der BaFin. Innerhalb von zwei Monaten nach Veröffentlichung einer derartigen EIOPA-Leitlinie haben die nationalen europäischen

Aufsichtsbehörden entweder im Verhältnis zur EIOPA zu bestätigen, dass sie sich in ihrer Verwaltungspraxis die Auffassung der EIOPA zu eigen machen, oder sie müssen ein abweichendes Vorgehen begründen. In Ausnahmefällen kann die EIOPA außerdem Anweisungen gegenüber den nationalen Behörden erteilen und bei deren Nichtbefolgung unmittelbar selbst durch verbindliche Entscheidungen gegenüber Versicherungsunternehmen tätig werden. Des Weiteren wird die EIOPA nach dem Vertrag über die Arbeitsweise der EU eine zentrale Rolle im Verordnungsgebungsprozess zur Konkretisierung der noch nicht in Kraft getretenen Solvency-II-Richtlinie einnehmen. Ohne Zweifel wird die Tätigkeit von EIOPA jedenfalls von großer praktischer Bedeutung für deutsche Versicherungsunternehmen sein und führt bereits in der aktuellen Vorbereitungsphase branchenweit zu einem ganz erheblichen, teilweise kaum noch überschaubaren Anstieg der zu beachtenden aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen. Allein der Umfang bisheriger EIOPA-Entwurfstexte, die zukünftig über den eigentlichen gesetzlichen Rahmen hinaus faktisch zu beachten sind, beläuft sich auf mehr als 1.000 Seiten.

Die Solvency-II-Richtlinie wird überdies seit geraumer Zeit durch die sogenannte Omnibusrichtlinie überarbeitet. Sie steht, genau wie ihre Konkretisierung durch europäische Durchführungsrechtsakte und Umsetzungsrechtsakte der EU-Mitgliedsstaaten, noch nicht bis ins letzte Detail fest, wird jedoch zu einer weitreichenden Harmonisierung des Aufsichtsrechts in der EU führen. Die bereits in der Richtlinie angelegte Verschärfung der quantitativen und qualitativen Aufsicht und der Transparenzanforderungen – insbesondere durch strengere Kapitalvorgaben und Anforderungen für unternehmensinterne Risikokontrollsysteme sowie für Berichts- und Dokumentationsprozesse – wird vom deutschen Gesetzgeber in einem aktuellen Entwurf zur Anpassung des VAG aufgegriffen. Das Rahmengerüst von Solvency II gliedert sich grob in drei Säulen: Säule 1 zum quantitativen Risikomanagement, Säule 2 zum qualitativen Risikomanagement und rechtlichen Vorgaben zu der insoweit gebotenen Unternehmensorganisation, Säule 3 zu Berichtspflichten. Die für Lebensversicherer geplanten Regelungen zu Solvency II werden auch auf Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge ausstrahlen.

Das gesetzgeberische Verfahren zur Finalisierung der Omnibusrichtlinie ist im Berichtsjahr auf EU-Ebene ins Stocken geraten; der sogenannte europäische Trilog-Prozess zur endgültigen Verabschiedung der Richtlinie konnte im Jahr 2012 nicht wie geplant zu einem erfolgreichen Ende geführt werden. Hieraus ergeben sich, jedenfalls mit Blick auf das quantitative Risikomanagement, erhebliche Unsicherheiten für den Zeitpunkt des Inkrafttretens und auch erhebliche Unsicherheiten für wichtige inhaltliche Detailfragen.

BGH-Urteil zu Rückkaufswerten

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat im Jahr 2012 entschieden, dass die allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) der Tarifgenerationen 2001 bis 2007 in Hinblick auf die Berechnung der Rückkaufswerte und der beitragsfreien Leistungen unwirksam sind, sofern das darin vorgesehene Verfahren zur Abschlusskostenverrechnung (Zillmerung) zu unverhältnismäßig geringen Werten führt. Darüber hinaus hat der BGH neue Vorgaben für die wirksame Vereinbarung von Stornoabschlägen aufgestellt. Diese neue Rechtsprechung macht für die betroffenen Bestände bei bereits zurückgekauften Verträgen eine Nachregulierung und bei bereits beitragsfrei gestellten Verträgen eine Nachreservierung notwendig. Ebenso ist die zukünftige Regulierungspraxis entsprechend anzupassen.

Unisex-Tarife

Mit Urteil vom 1.3.2011 (C-236/09 „Test-Achats“) hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass Versicherungsverträge mit Wirkung zum 21.12.2012 nicht mehr nach Geschlechtern getrennt kalkuliert werden dürfen. Das bedeutet, dass bei nach dem 20.12.2012 abgeschlossenen Versicherungsverträgen die Prämien und Leistungen für Männer und Frauen nach einheitlichen Kalkulationsgrundlagen berechnet werden müssen („Unisex-Kalkulation“). Der deutsche Gesetzgeber wird das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) entsprechend ändern.

Das genannte Urteil ist direkt zunächst nur für private Versicherungsverträge bindend; für Versicherungsverträge der betrieblichen Altersversorgung (bAV) gilt es formal nicht. Dennoch hat sich die Gesellschaft (wie alle Unternehmen der Talanx Deutschland) für eine Unisex-Kalkulation auch in der bAV entschieden: Ein anderes Vorgehen erscheint nicht vermittelbar und würde hohe Rechtsrisiken nach sich ziehen.

Allgemein wird für das Neugeschäft eine leichte Verteuerung von Lebensversicherungen erwartet, weil bei der Unisex-Prämie ein Sicherheitszuschlag einkalkuliert wird. Bei der Kalkulation der künftigen Unisex-Prämie fließen Annahmen über den Geschlechtermix ein. Der Sicherheitszuschlag dient zum Ausgleich von Abweichungen des tatsächlichen gegenüber dem angenommenen Geschlechtermix, die während des oft jahrelangen Vertragsverlaufs entstehen können.

Für vor dem 21.12.2012 abgeschlossene Versicherungsverträge gilt die Unisex-Pflicht grundsätzlich nicht, d.h. auch nach dem 21.12.2012 fällige Prämien bleiben unverändert getrennt geschlechtlich kalkuliert. Allerdings können in Einzelfällen vertragliche Änderungen an solchen Verträgen die Unisex-Pflicht für zukünftige Prämien auslösen.

Im SEPA-Begleitgesetz enthaltene Maßnahmen zur Stärkung der Risikotragfähigkeit deutscher Lebensversicherer

Aufgrund der noch ausstehenden Einigung zum Termin und den Modalitäten der Einführung von Solvency II wurden die Verhandlungen zur Umsetzung von Solvency II in deutsches Recht durch die 10. VAG-Novelle ausgesetzt. Der Bundestag hat vor diesem Hintergrund im November beschlossen, wichtige Regelungen zur Stärkung der Risikotragfähigkeit der deutschen Lebensversicherer bereits vorher als Teil des SEPA-Begleitgesetzes umzusetzen. Dies betrifft insbesondere die Anpassung der Regelungen zur Bewertungsreservenbeteiligung: Bewertungsreserven in festverzinslichen Wertpapieren und Zinsabsicherungsgeschäften sollen in dem Maße, wie sie zur Sicherstellung zukünftiger garantierter Zinszahlungen für Bestandsverträge benötigt werden, nicht mehr zur Hälfte an vorzeitig ausscheidende Versicherungsnehmer ausgeschüttet werden. In dieser Hinsicht stellt die vorgesehene Neuregelung die Korrektur eines handwerklichen Fehlers in der Gesetzgebung dar. Bewertungsreserven in anderen Vermögensklassen wie z.B. Aktien oder Immobilien sind hiervon nicht betroffen; ausscheidende Versicherungsnehmer sollen hieran weiterhin zur Hälfte beteiligt werden. Der Bundesrat hat diesem Gesetz in seiner Sitzung im Dezember nicht zugestimmt und den Vermittlungsausschuss angerufen. Es ist derzeit unklar, ob diese gesetzliche Regelung oder eine vergleichbare alternative Regelung in Kraft treten wird.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Neugeschäft

Die Neugeschäftsbeiträge unserer Gesellschaft sanken im Berichtsjahr um 21,3 % auf 5.216 (6.629) TEUR. Der Rückgang betraf sowohl die laufenden Beiträge, die sich um 20,8 % auf 4.537 (5.726) TEUR verminderten, als auch die Einmalbeiträge, die um 24,9 % auf 678 (903) TEUR nachgaben. Das Annual Premium Equivalent (laufende Neugeschäftsbeiträge zzgl. 1/10 der Neugeschäfts-Einmalbeiträge) sank infolge dessen um 20,8 % auf 4.605 (5.816) TEUR.

Versicherungsbestand

Die Jahresprämie aller am 31.12.2012 im Bestand unserer Gesellschaft befindlichen Versicherungen, die so genannte statistische Bestandsprämie, hat sich im Berichtsjahr um 2,1 % auf 116.607

(119.140) TEUR vermindert. Die Versicherungssumme sank um 8,4 % auf 3.334.153 (3.639.484) TEUR.

Eine ausführliche Erläuterung der Bewegung und der Struktur des Versicherungsbestandes wird in Anlage 1 zum Lagebericht auf den Seiten 22 bis 24 gegeben. Eine vollständige Darstellung der von unserer Gesellschaft betriebenen Versicherungsarten befindet sich in der Anlage 3 zum Lagebericht auf Seite 25.

Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen um 1,2 % auf 119.688 (118.241) TEUR. Auch die verdienten Beiträge für eigene Rechnung lagen mit 113.613 (109.511) TEUR über dem Vorjahresniveau. Die Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung erreichten 4.373 (6.053) TEUR und lagen damit um 27,8 % unter dem Vorjahreswert.

Leistungen

Die Bruttozahlungen für Versicherungsfälle stiegen im Berichtsjahr um 36,6 % auf 16.799 (12.295) TEUR. Unter Einbeziehung der Gewinnanteile an Versicherungsnehmer in Höhe von 1.107 (381) TEUR betragen die ausgezahlten Leistungen 17.907 (12.676) TEUR. Mit einem Anteil von 45,6 % betrafen diese Zahlungen überwiegend Rückkäufe in Höhe von 7.191 (4.892). Die Zahlungen für Abläufe beliefen sich auf 5.624 (4.401) TEUR. Für Todesfälle wurde ein Betrag in Höhe von 1.648 (1.185) TEUR ausgezahlt. Rentenfälle machten mit einem Anteil von 8,2 % den geringsten Teil der Leistungen aus.

Inklusive des Zuwachses der Leistungsverpflichtungen von 143.780 (120.098) TEUR beliefen sich die gesamten Leistungen zu Gunsten unserer Versicherungsnehmer im Berichtsjahr auf 160.638 (131.969) TEUR.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb sanken um 18,8 % auf 7.497 (9.239) TEUR.

Die Abschlussaufwendungen sanken im Vergleich zum Vorjahr von 5.995 TEUR auf 4.533 TEUR. Der Abschlusskostensatz (bezogen auf die Beitragssumme des Neugeschäfts) sank von 4,8 % auf 4,6 %.

Die Verwaltungsaufwendungen verminderten sich von 3.244 TEUR auf 2.964 TEUR. Der Verwaltungskostensatz sank auf 2,5 (2,7) %.

Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen

Die laufenden Erträge (ohne Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice), die vor allem

aus den Kuponzahlungen der festverzinslichen Kapitalanlagen bestanden, beliefen sich im Berichtsjahr auf 40.960 (36.733) TEUR. Dem standen laufende Aufwendungen in Höhe von 1.034 (829) TEUR gegenüber. Das laufende Ergebnis betrug 39.926 (35.905) TEUR. Aufgrund des gestiegenen Gesamtvolumens konnte das laufende Ergebnis trotz des zum Vorjahr niedrigeren Zinsniveaus erhöht werden. Die laufende Durchschnittsverzinsung betrug 4,2 (4,3) %.

Im Berichtsjahr wurden außerordentliche Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von 11.651 (-2.102) TEUR realisiert. Sowohl die Gewinne von 12.589 TEUR als auch die Verluste von 937 TEUR resultierten aus dem Abgang von festverzinslichen Wertpapieren im Rahmen eines konzerninternen Kapitalanlagegeschäftes. Die außerordentlichen Abschreibungen beliefen sich auf 106 (1.316) TEUR, Zuschreibungen wurden i.H.v. 168 TEUR vorgenommen. Insgesamt war ein außerordentliches Ergebnis in Höhe von 11.713 (-3.418) TEUR auszuweisen.

Die Staatsschuldenkrise hatte kaum Auswirkungen auf das Ergebnis, es mussten nahezu keine Wertberichtigungen in diesem Zusammenhang vorgenommen werden. Nur rund 3,0 (3,2) % der Kapitalanlagen (Marktwerte) sind in Staatsanleihen der Europeripherie angelegt (Italien, Irland, Spanien, Griechenland).

Das Kapitalanlageergebnis belief sich insgesamt auf 51.640 (32.487) TEUR. Im Berichtsjahr wurde eine Nettoverzinsung von 5,4 (3,9) % erreicht.

Rohüberschuss und Überschussverwendung

Der Rohüberschuss beinhaltet die Gewinne, die über die Mindestverzinsung der gewinnberechtigten Versichertenguthaben hinaus erwirtschaftet worden sind. Unsere Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2012 einen Rohüberschuss von 14.942 (9.882) TEUR. Dabei hat das Kostenergebnis nach dem Kapitalanlageergebnis als zweitgrößte Gewinnquelle zu diesem Überschuss beigetragen.

Vom Rohüberschuss haben wir 13.742 TEUR der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) zugeführt.

Die Gesamtverzinsung der Kundenguthaben (einschließlich Schlussgewinnanteile) beträgt 3,25 (3,75) % bei den wesentlichen für den Verkauf offenen Tarifen. Die für den gesamten Bestand ab 2012 gültigen Gewinnanteilsätze sind auf den Seiten 49 bis 53 dieses Berichts im Detail dargestellt.

Nach Zuführung und Entnahme beträgt die RfB zum Ende des Berichtsjahres 40.238 TEUR.

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn in Höhe von 1.700 TEUR in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Finanzlage

Gewinnverwendung und Eigenkapital

Sofern die Hauptversammlung unserem Vorschlag zur Gewinnverwendung für das Geschäftsjahr 2012 zustimmt, betragen die Eigenmittel:

Eigenkapital nach Gewinnverwendung

	2012
TEUR	
Gezeichnetes Kapital	4.000
Kapitalrücklage	20.311
Gewinnrücklagen	5.137
Summe	29.448

Liquiditätslage

Die Liquidität unserer Gesellschaft war zu jeder Zeit gesichert. Zum Bilanzstichtag waren liquide Mittel in Form von Einlagen und laufenden Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 15.475 (32.699) TEUR verfügbar.

Vermögenslage

Kapitalanlagen

Entwicklung der Kapitalanlagen¹⁾ im Detail

	31.12.2012	31.12.2011	Änderung
TEUR			
Anteile an verbundenen Unternehmen	6	0	6
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	3.724	3.724	0
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	33.669	33.489	180
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	314.820	190.562	124.259
Sonstige Ausleihungen	655.734	636.858	18.876
Einlagen bei Kreditinstituten	13.800	31.800	-18.000
Summe	1.021.753	896.432	125.321

1) ohne Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

Das Volumen der Kapitalanlagen der HDI Pensionskasse AG stieg 2012 um 125.321 TEUR und betrug zum Jahresende 1.021.753 (896.432) TEUR. Die Kapitalanlagen wurden vorrangig in festverzinsliche Wertpapiere investiert, die im Direktbestand gehalten werden. Deren Anteil lag zum Ende des Berichtsjahres bei 95,0 (92,3) % der gesamten Kapitalanlagen. Investitionen erfolgten vor allem in Inhaberschuldverschreibungen und Namensschuldverschreibungen guter Bonität sowie in Covered Bonds. Das durchschnittliche Rating der festverzinslichen Wertpapiere beträgt A+. Die Aktienquote ist im Vergleich zum Vorjahr leicht auf 0,3 (0,4) % gesunken.

Die Marktwerte der Kapitalanlagen beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 1.158.256 (943.146) TEUR. Die Bewertungsreserve erhöhte sich auf Grund des gesunkenen Zinsniveaus in den festverzinslichen Positionen auf 136.503 (46.714) TEUR.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

Der entsprechende Kapitalanlagebestand belief sich zum Bilanzstichtag auf 42.893 (35.612) TEUR.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

In dem vom Vorstand nach § 312 AktG zu erstellenden Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen wurde abschließend erklärt, dass unsere Gesellschaft nach den Umständen, die ihr in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft mit einem verbundenen Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhielt. Berichtspflichtige Maßnahmen lagen im Berichtsjahr nicht vor.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage unserer Gesellschaft nachhaltig beeinflussen würden.

Risikobericht

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Gegenwärtig ist keine Entwicklung erkennbar, welche die Ertrags-, Finanz- oder Vermögenslage der Gesellschaft nachhaltig beeinträchtigen könnte. Bestandsgefährdende Risiken, das heißt wesentliche Risiken mit existenziellem Verlustpotenzial für die Gesellschaft, zeichnen sich nicht ab. Die etablierten Risikomanagementsysteme und Kontrollinstanzen stellen eine frühzeitige Identifikation, Bewertung und Steuerung der Risiken sicher, die einen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft haben können. Somit sieht sich die Gesellschaft in der Lage, alle Verpflichtungen aus den bestehenden Versicherungsverträgen auch bei schwierigen Rahmenbedingungen dauerhaft zu erfüllen.

Die vorhandenen Eigenmittel der Gesellschaft überdecken das Solvabilitätssoll und erfüllen damit die aktuellen aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen.

Grundlagen des Risikomanagements

Das Risikomanagement der Gesellschaft erfüllt die Anforderungen des deutschen Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG), demzufolge sich die Unternehmensleitung einer Aktiengesellschaft verpflichtet, „geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein Überwachungssystem einzurichten, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden“ (§ 91 Abs. 2 AktG).

Darüber hinaus werden die Regelungen der §§ 64a und 55c VAG berücksichtigt.

Die Gesellschaft kommt ihrer Verpflichtung zu einer Berichterstattung über die Risiken der künftigen Entwicklung (§ 289 Abs. 1 HGB) nach und orientiert sich hierbei nachfolgend am deutschen Rechnungslegungsstandard für die Risikoberichterstattung von Versicherungsunternehmen (DRS 5-20).

Durch die frühzeitige Umsetzung der zentralen Themen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement in deutschen Versicherungsunternehmen (MaRisk VA) hat die Gesellschaft eine angemessene Vorbereitung auf Solvency II sichergestellt.

Risikomanagementsystem

Basis des Risikomanagements ist die durch den Vorstand verabschiedete Risikostrategie, die sich aus der Geschäftsstrategie ableitet. Sie ist verbindlicher, integraler Bestandteil des unternehmerischen Handelns. Zur Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie bedient sich die Gesellschaft eines Internen Steuerungs- und Kontrollsystems.

Das Risikomanagement der Gesellschaft ist in das Konzernrisikomanagement eingegliedert: Es wendet das konzernweit implementierte Risikokapitalmodell an und berücksichtigt die Konzernrichtlinien.

Darüber hinaus wird auf Konzernebene an der Einführung stochastischer Risikokapitalmodelle gearbeitet. In diese Aktivitäten ist die Gesellschaft eingebunden. Es wird – im Sinne von Solvency II – ein Internes Modell entwickelt, welches das Vermögen und die Verbindlichkeiten nach dem Fair-Value-Prinzip unter Berücksichtigung von Markteinflüssen abbildet.

Das Risikomanagementsystem der Gesellschaft wird laufend weiterentwickelt und damit den jeweiligen sachlichen und gesetzlichen Erfordernissen sowie den Konzernvorgaben angepasst. Insbesondere werden zukünftige Risiken (Emerging Risks) regelmäßig in systematischer Form identifiziert, ihre Relevanz ermittelt und ihr Risikopotenzial bewertet. Das Risikomanagementsystem ist mit dem zentralen Steuerungssystem der Gesellschaft eng verzahnt.

Die Bewertung der wesentlichen versicherungstechnischen Risiken, Kapitalanlagerisiken, Risiken aus dem Ausfall von Forderungen sowie operationalen und externen Risiken der Gesellschaft erfolgt regelmäßig mit Hilfe des konzernweit eingesetzten Risikokapitalmodells. Dabei werden diese Risiken systematisch analysiert und mit Risikokapital hinterlegt. Zusätzlich werden wesentliche, sich aus

Zielabweichungen ergebende strategische Risiken betrachtet. Alle erfassten Risiken werden durch ein Limit- und Schwellenwertsystem überwacht und durch abgestimmte Maßnahmen gesteuert. Der Vorstand der Gesellschaft wird im Rahmen der Risikoberichterstattung vom Chief Risk Officer (CRO) regelmäßig über die aktuelle Risikosituation informiert. Bei akuten Risiken ist eine Ad-hoc-Berichterstattung an den Vorstand gewährleistet.

Im Kapitalanlagebereich umfasst das Risikomanagementsystem spezifische Instrumentarien zur laufenden Überwachung aktueller Risikopositionen und der Risikotragfähigkeit. Sämtliche Kapitalanlagen stehen unter ständiger Beobachtung und Analyse durch den Geschäftsbereich Kapitalanlagen und das operative Kapitalanlagecontrolling. Mit Hilfe von Szenarioanalysen und Stresstests werden die Auswirkungen von Kapitalmarktschwankungen simuliert und bei Bedarf darauf frühzeitig reagiert. Darüber hinaus stellt eine umfangreiche Berichterstattung die erforderliche Transparenz aller die Kapitalanlagen betreffenden Entwicklungen sicher. Für Handels- und Abwicklungstätigkeiten im Kapitalanlagebereich bedient sich die Gesellschaft der Dienstleistung der Talanx Asset Management GmbH.

Risikoorganisation

Die Aufbauorganisation im Risikomanagement bei der Gesellschaft gewährleistet eine Funktionstrennung zwischen aktiver Risikübernahme und unabhängiger Risiküberwachung. Zentrale Organe sind der Gesamtvorstand der Gesellschaft, die Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF), die Risikoverantwortlichen sowie die Interne Revision, deren Aufgabe von der Konzernrevision wahrgenommen wird.

Die unabhängige Risiküberwachung wird seit 2011 von einer organisatorischen Einheit innerhalb der Talanx Deutschland AG unter Leitung des Chief Risk Officer (CRO) wahrgenommen. Dadurch wird Know-how gebündelt und eine effiziente Nutzung der Ressourcen sichergestellt.

Der Gesamtvorstand trägt die nicht delegierbare Verantwortung für die Umsetzung und Weiterentwicklung des Risikomanagements in der Gesellschaft. Er legt die Risikostrategie fest und trifft hieraus abgeleitete wesentliche Risikomanagemententscheidungen.

Die Unabhängige Risikocontrollingfunktion ist primär für die Identifikation, Bewertung und Analyse des Risikoprofils sowie für die Überwachung von Limiten und Maßnahmen zur Risikobegrenzung auf aggregierter Ebene zuständig. Diese Aufgabe wird durch das Risikokomitee der Talanx Deutschland AG wahrgenommen, welches vom CRO geleitet wird. Das Risikokomitee spricht Empfehlungen an den Gesamtvorstand aus.

Risikoverantwortliche sind in der Regel leitende Angestellte der Gesellschaft, die für die Identifikation und Bewertung der wesentlichen Risiken ihres Verantwortungsbereiches zuständig sind. Zudem sind sie verantwortlich für Vorschläge zur Risikominderung und für die Umsetzung geeigneter Risikomaßnahmen. Der Austausch von Erkenntnissen zwischen Risikoverantwortlichen und Unabhängiger Risikocontrollingfunktion findet im Rahmen von regelmäßigen Risiko-steuerungskreisen statt.

Die Interne Revision ist für die prozessunabhängige Prüfung der Geschäftsbereiche, insbesondere des Risikomanagements, verantwortlich. Die Leitung der Internen Revision ist zum Zwecke der Diskussion risikorelevanter Themen als Gast im Risikokomitee vertreten.

Zur Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit einer Geschäftsorganisation, welche die Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen gewährleistet, ist die Gesellschaft in die Compliance-Organisation der Talanx AG eingebunden.

Risiken der künftigen Entwicklung

Die Risikolage der Gesellschaft wird anhand der nachfolgend beschriebenen Risikokategorien erörtert, die sich am Deutschen Rechnungslegungsstandard für die Risikoberichterstattung von Versicherungsunternehmen (DRS 5-20) orientieren.

Versicherungstechnische Risiken

Biometrische Risiken

Das biometrische Risiko wird in ein Schwankungsrisiko sowie in ein Kumul-, Trend- und Änderungsrisiko unterschieden. Das Schwankungsrisiko ist das Risiko der zufälligen Abweichung der Häufigkeit der Leistungsfälle von den biometrischen Wahrscheinlichkeiten. Das Kumulrisiko bezeichnet das gleichzeitige Auftreten vieler Schadenfälle, die durch ein Ereignis ausgelöst sind. Das Trend- und Änderungsrisiko bezeichnet das Risiko einer Fehleinschätzung der biometrischen Wahrscheinlichkeiten bei der Berechnung der Prämien.

Bei der Gesellschaft wird das Portfolio gegen das Schwankungs-, das Kumul- und das Änderungsrisiko durch Rückversicherungen gedeckt. Die Schadenhäufigkeit wird laufend in eigens für diesen Zweck gebildeten Risikoklassen überprüft. Die gebildeten Kollektive sind hinreichend groß und die eingesetzten mathematisch-statistischen Verfahren präzise genug, um signifikante Abweichungen von der Norm zuverlässig bestimmen und lokalisieren zu können.

Das Trendrisiko kontrolliert die Gesellschaft durch aktuarielle Analysen. Die Beurteilung des Langlebigkeitsrisikos ist für die Deckungsrückstellung in der Rentenversicherung von besonderer Bedeutung und wird demzufolge laufend beobachtet. Es werden ent-

sprechend der Empfehlung der DAV die in den Sterbetafeln enthaltenen Sicherheitsmargen gestärkt.

Diese empfohlene Stärkung der Sicherheitsmargen oder neuere Erkenntnisse zur Sterblichkeitsentwicklung können zu weiteren Zuführungen zur Deckungsrückstellung führen.

Stornorisiken

Das Stornorisiko bezeichnet das Risiko, dass im Stornofall für Versicherungsleistungen nicht ausreichend liquide Mittel zur Verfügung stehen und hierdurch ungeplante Verluste durch eine Auflösung und Veräußerung von Kapitalanlagen realisiert werden.

Kostenrisiken

Das Kostenrisiko resultiert aus der Gefahr, dass die tatsächlichen Kosten die kalkulierten Kosten übersteigen oder nicht rechtzeitig genug an veränderte Geschäftsvolumina angepasst werden können.

Der Kostenverlauf wird durch Betriebskosten und Provisionen bestimmt, denen Kostenzuschläge in den Beiträgen gegenüberstehen. Die Beitragszuschläge sind so bemessen, dass auch eine temporäre, unvorhergesehene Kostenprogression verkraftet werden kann und Betriebskosten und Provisionen langfristig gedeckt sind. Die Produktkalkulation stützt sich auf eine tief gegliederte Kostenrechnung; eine Grenzkostenrechnung bleibt hierbei bewusst außer Ansatz. Provisionen werden nur nach Maßgabe der Prämienkalkulation und nur unter Verwendung von stringenten Stornoregelungen gewährt.

Prämien-/Versicherungsleistungsrisiken

Das Prämien-/Versicherungsleistungsrisiko besteht in der Möglichkeit, dass die im Voraus festgesetzte, gleichbleibende Versicherungsprämie nicht ausreicht, um langfristig eine gleichbleibende Versicherungsleistung zu erbringen, die von zukünftigen Entwicklungen abhängig ist.

Dem Prämien-/Versicherungsleistungsrisiko begegnet die Gesellschaft durch Berücksichtigung vorsichtiger Annahmen bei der Kalkulation. Darüber hinaus ermöglicht die Gestaltung unseres Rückversicherungsschutzes ein flexibles Handeln in der Akquisition auch größerer Risiken und schränkt unerwünschte Schwankungen der versicherungstechnischen Risikoergebnisse ein.

Zinsgarantierisiken

Die bei Vertragsabschluss von bestimmten Produkten garantierte Mindestverzinsung muss dauerhaft erwirtschaftet werden. Das Zinsgarantierisiko besteht darin, dass Neuanlagen in Niedrigzinsphasen möglicherweise den garantierten Zins nicht erzielen werden.

Durch regelmäßig durchgeführte Analysen zum Asset-Liability-Management und zur strategischen Asset Allocation überzeugt sich die Gesellschaft, dass die erwartete Rendite ihrer Kapitalanlagen kurz-, mittel- und langfristig über der zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Kunden erforderlichen Mindestverzinsung liegt. Die Asset- und Liability-Positionen des Unternehmens werden von einem Asset-Liability-Komitee überwacht und so gesteuert, dass die Vermögensanlagen den Verbindlichkeiten und dem Risikoprofil des Unternehmens angemessen sind und die Bedeckung der Verpflichtungen jederzeit sichergestellt ist.

Reserverisiken

Das Reserverisiko besteht in der Gefahr einer ungenügenden Höhe an versicherungstechnischen Rückstellungen. Diese dienen der Sicherstellung der dauernden Erfüllbarkeit aller aus den Versicherungsverträgen resultierenden Verpflichtungen des Unternehmens.

Der Verantwortliche Aktuar wacht darüber, dass die für die Berechnung der Rückstellung verwendeten Rechnungsgrundlagen dem Änderungsrisiko Rechnung tragen. Der Verantwortliche Aktuar der Gesellschaft hat nach § 11a VAG bescheinigt, dass die bei der Bewertung der Deckungsrückstellungen verwendeten Rechnungsgrundlagen angemessene Sicherheitsspannen enthalten. Der Treuhänder der Gesellschaft hat laut § 73 VAG bestätigt, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Zur Erhöhung der Sicherheitsmargen im aktuellen Niedrigzinsumfeld hat die Gesellschaft im Jahr 2012 für Rentenversicherungen mit 3,25 % Rechnungszins eine geschäftsplanmäßig genehmigte Reservestärkung nach der Methode des § 5 Abs. 4 DeckRV mit einem Referenzzinssatz von 3,15 % vorgenommen. Ein dauerhaft niedriges Zinsniveau birgt für die HGB-Bilanz das durchaus erhebliche Risiko, dass ggf. Aufwand zum Ausbau dieser Reservestärkung erforderlich wird.

Dieser Aufwand wird vielfach zu großen Teilen durch die Auflösung von parallel entstehenden Bewertungsreserven auf Zinspapiere der Aktivseite finanziert werden können; dabei entsteht sowohl das Risiko eines zeitlichen oder betragsmäßigen Auseinanderklaffens des Anstiegens von erforderlicher Höhe der Zinszusatzreserve und der Höhe der Bewertungsreserven (Asset-Liability-Mismatch) als auch das Risiko einer faktisch erschwerten oder stark eingeschränkten Realisierbarkeit vorhandener Bewertungsreserven in Folge einer Marktstörung oder eines Marktversagen (Liquidität, Fungibilität).

Wie beschrieben entsteht damit das Risiko, dass bei längerem Andauern des derzeitigen Zinsniveaus die Reservestärkung in der durch die Verordnung über Rechnungsgrundlagen für die Deckungs-

rückstellungen (DeckRV) bestimmten Höhe nicht dauerhaft aus Gesellschaftsmitteln finanzierbar sein könnte. In diesem Fall wäre es erforderlich, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, die auch eine Neufestsetzung der erforderlichen Sicherheitsmarge in der Rechnungsgrundlage Zins im Altbestand einschließen könnten.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern

Das Forderungsausfallrisiko gegenüber Versicherungsvermittlern besteht grundsätzlich in der Möglichkeit, dass im Falle von (vermehrten) Kündigungen durch Versicherungsnehmer Provisionsrückforderungen nicht in gleicher Höhe geltend gemacht werden können.

In der Lebensversicherung besteht das Risiko von Forderungsausfällen im Wesentlichen gegenüber Versicherungsvermittlern. Die Bonität der Vermittler überwacht die Gesellschaft intensiv mit Hilfe eines detaillierten Kontrollsystems.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber

Rückversicherern

Beim Forderungsausfallrisiko gegenüber (Retro-)Zessionaren handelt es sich um die Möglichkeit des Ausfalls von Anteilen der Rückversicherer an versicherungstechnischen Passiva abzüglich Kreditbriefe und Rückversicherungsdepots.

Der Ausfall von Forderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft ist aufgrund der sehr guten Ratings der Rückversicherungspartner nur ein geringes Risiko.

Risiken aus Kapitalanlagen

Marktrisiken

Das Marktrisiko resultiert aus der Möglichkeit, dass nachteilige Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern Verluste hervorrufen. Es umfasst – in Einflussfaktoren zerlegt – vor allem das Zinsänderungsrisiko, das Aktienkursänderungsrisiko sowie das Währungsrisiko.

Derivatgeschäfte zur Ertragsvermehrung, Erwerbsvorbereitung und Absicherung von Beständen sowie Geschäfte mit strukturierten Produkten werden im Rahmen der Rundschreiben des Bundesaufsichtsamts für Versicherungswesen (R 3/1999 und R 3/2000), der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (R 4/2011 [VA]) und der internen Richtlinien der Gesellschaft abgeschlossen. Derivatpositionen und -transaktionen werden im Reporting detailliert aufgeführt. Auf der einen Seite sind Derivate wegen ihrer sehr niedrigen Trans-

aktionskosten und ihrer sehr hohen Marktliquidität und -transparenz effiziente und flexible Instrumente zur Portfoliosteuerung. Auf der anderen Seite gehen mit dem Einsatz von Derivaten auch zusätzliche Risiken, wie z. B. Basisrisiko, Kurvenrisiko und Spread-Risiko, einher, die detailliert überwacht und zielgerecht gesteuert werden.

Die Gesellschaft verfügt über detaillierte Kapitalanlagerichtlinien, die das Anlageuniversum, besondere Qualitätsmerkmale, Emittentenlimite und Anlagegrenzen festlegen. Diese orientieren sich an den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen des § 54 VAG, so dass eine möglichst große Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung erreicht wird. Bei derivativen Finanzinstrumenten und strukturierten Produkten beachtet die Gesellschaft die zur Vermeidung von Fehlentwicklungen von der Aufsichtsbehörde und vom GDV erarbeiteten Grundsätze. Zudem wird eine klare Funktionstrennung zwischen operativer Steuerung des Kapitalanlagerisikos und Risikocontrolling sichergestellt.

Das Aktienkursänderungsrisiko besitzt aufgrund der niedrigen Aktienquote der Gesellschaft nur ein begrenztes Gefahrenpotenzial. Das Zinsänderungsrisiko besteht primär im Rückgang des Kapitalmarktzinses und begründet sich in der Differenz der modifizierten Durationen zwischen Aktiv- und Passivseite der Bilanz. Das Währungsrisiko spielt aufgrund der Kapitalanlage fast ausschließlich in Euro nur eine untergeordnete Rolle. Das Immobilienpreisisiko wird laufend beobachtet und intensiv analysiert. Diese Risiken werden neben anderen Risikofeldern regelmäßig mit Hilfe des internen Risikokapitalmodells quantifiziert und auf Basis des Limit- und Schwellenwertsystems aktiv überwacht.

Strukturierte Produkte waren zum 31.12.2012 mit einem Gesamtbuchwert von 98.903 (110.724) TEUR im Bestand.

Die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr erneut im Rahmen des BaFin-Stresstests überprüft, den die Gesellschaft in allen Szenarien bestanden hat.

Bonitäts-/Kreditrisiken

Bonitätsrisiken bestehen im möglichen Wertverlust von Kapitalanlagen aufgrund des Ausfalls eines Schuldners oder einer Änderung in seiner Zahlungsfähigkeit.

Dieses Risiko hat sich im Zuge der globalen Finanzmarktsituation prinzipiell erhöht. Die Gesellschaft führt regelmäßig Bonitätsprüfungen der vorhandenen Schuldner durch.

Bonitätsrisiken unter Investmentgrade werden in der Regel nicht eingegangen.

Zur Steuerung des Ausfall- bzw. Bonitätsrisikos werden Ratingkategorien und Sicherungsinstrumente berücksichtigt. Die Bonität der Schuldner wird laufend überwacht. Wesentlicher Anhaltspunkt für die Investitionsentscheidung durch das Portfolio-Management sind die durch externe Agenturen wie Standard & Poor's oder Moody's vergebenen Ratingklassen. Die Neuanlage ist zur Begrenzung des Bonitätsrisikos auf Wertpapiere im Investment-Grade-Bereich beschränkt.

Die Bonitätsstruktur der festverzinslichen Kapitalanlagen sowie das Bonitätsrisiko auf der Basis der Szenarien des Risikomodells stellen sich bei Bewertung der Fonds auf Einzeltitelbasis wie folgt dar:

Bonitätsstruktur der festverzinslichen Kapitalanlagen sowie Bonitätsrisiko auf Basis des konzernweit implementierten Risikokapitalmodells

	Marktwert	Anteil	Risiko-	Risiko
	Mio. EUR	%	faktor	Mio. EUR
			%	
AAA	430,0	37,7	0,0	0,0
AA	417,6	36,6	0,3	1,2
A	120,5	10,6	3,3	4,0
BBB	145,2	12,7	6,6	9,5
<BBB	27,7	2,4	15,5	4,3
Emittentenrisiko	1.141,1	100,0		19,0

Gundsätzlich hat die Finanzmarktkrise die Grenzen einer Modellbetrachtung unter Zuhilfenahme von Rating-Einstufungen aufgezeigt. Im Modell wird das Emittentenrisiko vor dem Hintergrund der getroffenen Annahmen und der gesetzten Parameter als beherrschbar eingestuft; in der Realität könnte der Ausfall einer Adresse ggf. gravierende Konsequenzen haben. Insofern darf sich die Risikoanalyse und -steuerung nicht allein auf die Modellbetrachtung beschränken. Diesem Aspekt wird im Asset-Liability-Committee Rechnung getragen. Zusätzlich werden als Risikosteuerungsmaßnahme Limite sowohl für Einzelemittenten wie auch für Anlageklassen eingezogen.

Die festverzinslichen Kapitalanlagen gliedern sich nach Art der Emittenten wie folgt:

Gliederung der festverzinslichen Kapitalanlagen nach Art der Emittenten

	Marktwert Mio. EUR	Anteil %
Staats- und Kommunalanleihen	384,8	33,7
Gedekte Schuldverschreibungen	544,3	47,7
Industrieanleihen	34,2	3,0
Erstrangige Schuldverschreibungen von Finanzinstituten	144,0	12,6
Nachrangige Schuldverschreibungen von Finanzinstituten	29,7	2,6
Verbundene Unternehmen	4,2	0,4
Summe	1.141,1	100,0

In der aktuellen Marktphase wird besonderes Augenmerk auf das Exposure bei Banken gelegt, vor allem soweit es sich um nachrangig besicherte Anleihen handelt. Zudem werden Staatsanleihen (inkl. Kommunalanleihen) und die übrigen festverzinslichen Wertpapiere aus europäischen Ländern mit überdurchschnittlich hoher Staatsverschuldung betrachtet.

Grundsätzlich besteht für die Staatsanleihen und die übrigen festverzinslichen Wertpapiere der Euro-Peripherie ein erhöhtes Risiko für den Ausfall der Rückzahlung. Aufgrund der sicherheitsorientierten Anlagepolitik der Gesellschaft sind das Engagement in sogenannten GIIPS-Staaten (Griechenland, Italien, Irland, Portugal und Spanien) und die daraus resultierenden Risiken überschaubar und die Auswirkungen auf die Nettoverzinsung beim teilweisen Ausfall einzelner Emittenten gering. Die Risiken sind bei der Beurteilung der Kapitalanlagen bereits berücksichtigt.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den Zahlungsverpflichtungen – insbesondere aus Versicherungsverträgen – bei nicht zeitgerechten Liquiditätszu- und -abflüssen nicht jederzeit nachkommen zu können.

Jederzeit ausreichende Liquidität stellt die Gesellschaft durch die Abstimmung zwischen Kapitalanlagebestand und Versicherungsverpflichtungen sowie die Planung ihrer Zahlungsströme sicher.

Operationale Risiken

Das operationale Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren,

Menschen und Systemen oder infolge von externen Ereignissen eintreten.

Risiken aus Änderungen gesetzlicher Rahmenbedingungen

Aus einer Fortentwicklung der höchstrichterlichen Rechtsprechung wie zum Beispiel durch das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 25. Juli 2012 zur Wirksamkeit von Zillmerung und Stornoabschlägen können sich finanzielle Risiken realisieren. Hierfür hat die Gesellschaft eine Rückstellung gebildet und im vorliegenden Geschäftsbericht erläutert. Auch unabhängig von der Frage einer rechtlichen Bindungswirkung können darüber hinaus aus einzelnen Gerichtsurteilen Reputationsrisiken entstehen. Derzeit lässt sich keine Prognose darüber abgeben, ob einzelne Urteile zukünftig weitere Auswirkungen auf den Versicherungsbestand der Gesellschaft haben können. Dies wird in der Folgezeit zu überwachen sein.

Die sich aus der Einführung der §§ 55c und 64a VAG zum 1. Januar 2008 und deren Konkretisierung in den MaRisk ergebenden Änderungen am Risikomanagementsystem wurden in den Vorjahren bereits umgesetzt und im Geschäftsjahr weiterentwickelt im Hinblick auf Solvency II.

Weitere mögliche Entwicklungen der höchstrichterlichen Rechtsprechung oder gesetzliche Änderungen, insbesondere gesellschaftsrechtlicher, produktrechtlicher oder steuerlicher Natur, werden eng überwacht.

Die an das SEPA-Begleitgesetz angehängten gesetzlichen Maßnahmen zur Stärkung der Risikotragfähigkeit deutscher Lebensversicherer, darunter insbesondere die im Lagebericht erläuterte Anpassung der Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven, wurden zwar vom Bundestag beschlossen, vom Bundesrat aber in den Vermittlungsausschuss verwiesen. Ein Scheitern dieses Gesetzgebungsvorhabens wird die vom Bundestag vorgesehene Stärkung der Risikotragfähigkeit verhindern und angesichts historisch niedriger Zinsen und dementsprechend hoher Bewertungsreserven in festverzinslichen Wertpapieren starke Belastungen der deutschen Lebensversicherer zur Folge haben.

Infrastrukturrisiken

Dem Risiko des Ausfalls wesentlicher Teile oder des Totalausfalls der Infrastruktur wird vor allem im IT-Bereich eine hohe Bedeutung zuteil. Sicherheit im IT-Bereich wird bei der Gesellschaft durch Zugangskontrollen, Zugriffsberechtigungssysteme und Sicherungssysteme für Programme und Datenhaltung gewährleistet.

Der Notfallvorsorge wird mittels eines Notfallhandbuchs, der Durchführung von Business-Impact-Analysen zur Ermittlung der

Kritikalität von Geschäftsprozessen, der Einrichtung eines Krisenstabs und Notfallteams Rechnung getragen.

Risiken im Vertrieb sowie in der Verwaltung von Versicherungsverträgen

Vertriebliche Risiken werden gerade auch im Hinblick auf den GDV-Vertriebskodex regelmäßig überwacht. Dem Risiko von Fehlentwicklungen in der Verwaltung und von dolosen Handlungen begegnet die Gesellschaft durch Regelungen und interne Kontrollen in den Fachbereichen. So unterliegen Zahlungsströme und Verpflichtungserklärungen strengen Vollmachts- und Berechtigungsregelungen. Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, das Vier-Augen-Prinzip bei wichtigen Entscheidungen und Stichproben bei serienhaften Geschäftsvorfällen erschweren dolose Handlungen. Darüber hinaus prüft die Interne Revision unternehmensweit Systeme, Prozesse und Einzelfälle.

Sonstige wesentliche Risiken

Strategische Risiken

Strategische Risiken ergeben sich aus der Gefahr eines Missverhältnisses zwischen der Geschäftsstrategie und den sich ständig wandelnden Rahmenbedingungen des Unternehmensumfelds. Ursachen für ein solches Ungleichgewicht können z. B. falsche strategische Grundsatzentscheidungen oder eine inkonsequente Umsetzung der festgelegten Strategien sein. Die Gesellschaft überprüft deshalb jährlich ihre Unternehmens- und Risikostrategie und passt Prozesse und Strukturen im Bedarfsfall an.

Eine Umstrukturierung des Konzerns im Bereich der deutschen Privat- und Firmenversicherung wurde im Geschäftsjahr fortgesetzt. Durch den hieraus resultierenden Anpassungsbedarf können sich für die Gesellschaft gewisse Betriebsrisiken sowie anfängliche Kostenrisiken ergeben.

Prognosebericht

Unsere nachstehenden Ausführungen stützen sich auf fundierte Experteneinschätzungen Dritter sowie auf die von uns als schlüssig erachteten Planungen und Prognosen; dennoch handelt es sich um unsere subjektive Einschätzung. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass die tatsächlichen Entwicklungen von der hier wiedergegebenen erwarteten Entwicklung abweichen werden.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Konjunktur in der Eurozone wird weiterhin von der Staatsschuldenkrise bestimmt werden. Die bislang nur verbal angekündigte Intervention der EZB zeigte an den Kapitalmärkten eine positive Wir-

kung und sorgte nicht zuletzt auch in der öffentlichen Wahrnehmung für eine Entspannung. Entscheidend für den weiteren Verlauf der Krise wird sein, inwiefern erste strukturelle Erfolgsmeldungen aus den kriselnden Euroländern die zuletzt aufhellende Wahrnehmung untermauern können. Wir sehen in Europa allenfalls vorsichtige Stabilisierungstendenzen, die sich im aktuellen Jahr verfestigen könnten.

Die zuletzt verbesserten US-Daten sind sicherlich gute Nachrichten für die globale Konjunktur. Allerdings wird auch in den USA eine Haushaltskonsolidierung immer dringlicher, was sich in den zähen Verhandlungen über die Fiskalklippe zum Jahreswechsel zeigte. Weil sich in den USA Aufwärtstendenzen abzeichnen, könnten die Vereinigten Staaten 2013 einmal mehr zur Haupttriebfeder der globalen Wirtschaft werden. Das globale Konjunkturmilieu könnte durch die Entwicklung in den Schwellenländern gestützt werden, wo die wirtschaftliche Entwicklung, allen voran in China, weiter an Momentum gewinnen dürfte.

Die anhaltend sehr expansive Geldpolitik wird unserer Einschätzung nach nicht zu einem deutlichen Anstieg der Inflationsraten im aktuellen Jahr führen, da die durch die Zentralbanken induzierte Liquidität bislang noch nicht in die Realwirtschaft dringt. Inflationsgefahren werden nur dann drängend, wenn auch die Konjunktur deutlich an Fahrt gewinnt.

Kapitalmärkte

Auch wenn sich die Marktstimmung zum Jahresende mit einer Art „positiver Skepsis“ beschreiben lässt, ist eine nachhaltige Stabilisierung der allgemeinen Risikosituation weiter unsicher. Die abgeschwächten Liquiditätsrichtlinien nach Basel 3 entlasten zwar die Banken vom Handlungsdruck; außerdem trifft ein nachlassender Refinanzierungsbedarf der Banken und Unternehmen auf einen weiterhin hohen Anlage- und Renditebedarf der Investoren. Allerdings bleiben die strukturellen Probleme der Euroschuldenkrise bestehen. Störfeuer sind von diversen Seiten denkbar, zum Beispiel durch unerwartete Entscheidungen von Ratingagenturen oder der Politik. Wir erwarten daher, dass Renditen und Risikoaufschläge volatil bleiben und die Zinsen sich vorerst weiter auf niedrigem Niveau bewegen. Die EZB positioniert sich mit Blick auf anstehende Zinsentscheidungen vorerst abwartend. Wir erwarten eine Leitzinssenkung auf 0,5 %, voraussichtlich jedoch erst im zweiten Quartal 2013. Die USA haben sich gewissermaßen darauf festgelegt, die Leitzinsen in den nächsten zwei Jahren auf dem derzeit niedrigen Niveau zu belassen. Die Diskussion über eine vorzeitige Reduzierung der Maßnahmen der Fed wurde zuletzt intensiviert, und weitere Maßnahmen werden verstärkt an die Entwicklung des Arbeitsmarktes geknüpft.

Wir erwarten, dass die europäische Schuldenkrise für die Aktienmärkte weiter ein Belastungsfaktor bleibt. Allerdings wird sich unserer aktuellen Einschätzung nach die liquiditätsgetriebene Entwicklung im Berichtsjahr auch 2013 fortsetzen, solange EZB-Kredite unbegrenzt erhältlich sind und auch die Fed äußerst expansiv agiert. Das wird unseres Erachtens noch einige Zeit der Fall sein. Unterstützend sind zudem eine nach wie vor historisch nicht überbeurteilte fundamentale Bewertung der Märkte, insbesondere für den europäischen Markt, und die relativ zu den Bondmärkten unverändert attraktive Dividendenrendite. Auch lassen sich nach deutlichen Abwärtsrevisionen in den vergangenen Monaten erste Tendenzen zur Stabilisierung der Gewinnerwartungen speziell in der Eurozone erkennen. Wir gehen zurzeit davon aus, dass sich diese Tendenzen in den kommenden Monaten weiter verfestigen und dem Gewinnwachstum damit die Trendumkehr gelingt. Insgesamt überwiegen nach unserer Einschätzung vor allem für den europäischen Aktienmarkt zunehmend die positiven Signale. Gleichwohl bleiben abrupte Rückgänge nach kurzfristigen Liquiditätshaussen bestehen, solange Kursgewinne nicht durch ein sich wieder stabilisierendes globales makroökonomisches Bild untermauert werden.

Künftige Branchensituation

Angesichts der bereits seit längerem bestehenden und auch 2013 andauernden konjunkturellen Risikofaktoren sind Prognosen generell mit einem Vorbehalt behaftet. Allerdings hat sich die deutsche Versicherungswirtschaft unter den herrschenden Umfeldbedingungen bisher stabil gezeigt, und dies sollte sich mit Blick auf die kommenden zwei Jahre nicht grundlegend ändern. Unter der Annahme, dass sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht wesentlich verschlechtern, sollte die Versicherungswirtschaft 2013 ein Beitragswachstum etwa in der Größenordnung wie im Berichtsjahr erreichen. Die Nachfragebasis für die Angebote der Versicherungswirtschaft ist laut Aussagen des GDV grundsätzlich stabil, auch wenn es einige Faktoren gibt, die nachfragedämpfend wirken. Grundlegende Herausforderungen für die Versicherungsbranche insgesamt ergeben sich aus der Intensivierung des Wettbewerbs, der Veränderung regulatorischer Rahmenbedingungen, zunehmend differenzierteren Kundengruppen und dem demografischen Wandel. Dass die Branche diesen Herausforderungen begegnet, dürfte sich auch zukünftig in der Verschiebung von Marktpositionen einzelner Anbieter, Veränderungen auf Produktebene sowie in einer zunehmenden Vielfalt bei Vertriebsstrukturen zeigen.

Lebensversicherung

In der Lebensversicherung ist davon auszugehen, dass die Geschäftsentwicklung auch zukünftig von schwierigen Rahmenbedingungen beeinflusst wird. Es ist zwar derzeit anzunehmen, dass sich die wirtschaftliche Situation der privaten Haushalte 2013, ausge-

hend von der Lage am Arbeitsmarkt und der Entwicklung der verfügbaren Einkommen, verhalten positiv weiterentwickeln wird. Andererseits wirken im kommenden Jahr aber nachfragedämpfende Einflussfaktoren. Hier ist die bereits seit längerem zu beobachtende Unsicherheit und Zurückhaltung der Bevölkerung gegenüber längerfristigen Geldanlagen zu nennen. Diese Vorsichtshaltung wurde durch die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Eurokrise noch verstärkt und steht einer stärkeren Ausweitung der kapitalgedeckten privaten Altersvorsorge entgegen. Eine ernste Herausforderung für Lebensversicherer bleibt darüber hinaus das fortdauernde Niedrigzinsumfeld, das sich negativ auf die Gesamtverzinsung auswirkt und dessen Ende weiterhin nicht in Sicht ist. Die deutsche Lebensversicherungsbranche verfügt über eine solide Kapitalisierung und entsprechende Reserven und hat zudem die Restlaufzeit ihrer Kapitalanlagen frühzeitig ausgeweitet auf inzwischen über zehn Jahre. Aufgrund dieser Gegebenheiten sollte sie in der Lage sein, das niedrige Zinsniveau gegebenenfalls noch für einige Jahre zu verkraften.

Chancen aus der Entwicklung der Rahmenbedingungen

Demografischer Wandel in Deutschland

Ausgelöst durch den demografischen Wandel, ist gegenwärtig die Entstehung von zwei Märkten mit hohem Entwicklungspotenzial zu beobachten: zum einen der Markt für Produkte für Senioren und zum anderen der für junge Kunden, die durch die abnehmenden Leistungen des Sozialsystems stärker eigenständig vorsorgen müssen. Schon heute ist festzustellen, dass Senioren nicht mehr mit dem „klassischen Rentner“ der Vergangenheit gleichzusetzen sind. Dies zeigt sich nicht nur in der steigenden Inanspruchnahme von Serviceleistungen, für die eine hohe Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft besteht. Der Wandel wird vor allem darin deutlich, dass diese Kundengruppe zunehmend aktiver ist und sich damit mehr mit absicherungsbedürftigen Risiken als die vorherigen Generationen auseinandersetzt. Für die Anbieterseite ist somit nicht genug damit getan, bestehende Produkte um Assistance-Leistungen zu erweitern, sondern es müssen neue Produkte konzipiert werden, um die neu entstehenden Bedürfnisse abzudecken. Beispiele hierfür sind Produkte für den Zweitwohnsitz und intensive Reisetätigkeit im Ausland, für sportliche Aktivitäten bis ins hohe Alter und die Vermögensweitergabe an die Erben. Gleichzeitig tritt das Thema der finanziellen Absicherung im Alter stärker ins Bewusstsein der jungen Kunden.

Durch (staatlich geförderte) private Vorsorgeprodukte und attraktive Angebote der Arbeitgeber zur betrieblichen Altersversorgung (bAV) kann dieses Potenzial bearbeitet werden. Gegenwärtig wird für diese Kundengruppe von einem Trend der verstärkten Nachfrage nach Altersvorsorgeprodukten, die eine höhere Flexibilität in der Spar- und der Entsparphase aufweisen, ausgegangen. Die Lebensversicherungsgesellschaften im Konzern könnten durch ihre umfassende Produktpalette mit innovativen Produkten sowie mit ihrer vertriebli-

chen Aufstellung überdurchschnittlich im Markt der Senioren und der jungen Kunden profitieren.

Finanzmarktstabilität

Durch die Turbulenzen auf den Finanzmärkten ist das Vertrauen der Kunden in Banken erheblich beeinträchtigt worden. Auch bei den Versicherungsnehmern besteht vor dem Hintergrund des derzeit niedrigen Zinsniveaus sowie der Volatilität an den Aktienmärkten ein hoher Grad an Verunsicherung. Dieses gesamtwirtschaftliche Umfeld bietet aber auch Chancen für Versicherungsunternehmen, innovative Produkte zu entwickeln, die auf diese neuen Gegebenheiten ausgerichtet sind. In Europa, den USA und Asien hatten sich vermehrt Lebensversicherer auf den Absatz moderner, flexibler und an die Aktienmarktentwicklung gebundener Produkte konzentriert. Die klassische deutsche Lebensversicherung, bei der Garantien für die gesamte Laufzeit gegeben werden, steht auf dem Prüfstand. Aufgrund hoher Eigenmittelanforderungen für diese Geschäfte ist es grundsätzlich vorstellbar, die Garantien zukünftig auf einen bestimmten Zeitraum zu begrenzen.

Aufsichts- und bilanzrechtliche Änderungen

Die gesamte Versicherungswirtschaft sieht sich vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden und teilweise bereits eingetretenen aufsichtsrechtlichen Neuerungen weitreichenden Veränderungen ausgesetzt, insbesondere im Rahmen von IFRS, Solvency II und einer Flut diesbezüglicher europäischer und deutscher Umsetzungs-vorschriften. Die bilanz- und aufsichtsrechtlichen Änderungen verfolgen wir eng und haben die damit verbundenen erhöhten Anforderungen identifiziert und Maßnahmen eingeleitet. Dies bietet uns gleichzeitig die Chance, unser Risikomanagement entsprechend weiterzuentwickeln und damit den zukünftig komplexeren und umfangreicheren Vorgaben gerecht zu werden. Zur Bewertung von Risikokategorien sowie der gesamten Risikoposition des Konzerns wird derzeit ein internes, Solvency-II-gerechtes stochastisches Risikokapitalmodell implementiert und weiterentwickelt, das die Tal-anx-weite Verwendung von internen Modellen ermöglicht und sich in der Vorantragsphase bei der BaFin befindet.

Entwicklung der HDI Pensionskasse AG

Das Wachstumstempo der der Lebensversicherung zugehörigen Pensionskassen hat sich in den letzten Jahren nur noch verhalten entwickelt. Grund dafür sind die Änderungen des Alterseinkünftegesetzes (AltEinkG), durch die 2005 Direktversicherungen dem Durchführungsweg der Pensionskasse steuerlich gleichgestellt wurden.

Von dieser Entwicklung war in den vergangenen Jahren auch unsere Gesellschaft betroffen, auch weil die Tarifentwicklungen zu fondsgebundenen Hybridprodukten (TwoTrust-Produktgeneration) und

die damit verbundenen Wettbewerbsvorteile bisher nur in der Direktversicherung eingeführt und von unserer Schwestergesellschaft HDI Lebensversicherung AG angeboten werden.

Ein Pluspunkt für die Pensionskasse ergibt sich aus deren besonderer Flexibilität bei Beitragszahlungen: Die Kontentarife der HDI Pensionskasse AG werden auch heute noch schwerpunktmäßig für individuelle Lösungen genutzt, bei denen eine variable Dotierung von klassischen Rentenprodukten gewünscht wird. Mit der Erfahrung und Expertise eines langjährigen bAV-Versicherers können Lösungen für Unternehmen unterschiedlichster Größen und Branchen bis hin zu kompletten Branchenlösungen umgesetzt und verwaltet werden.

Im Hinblick auf diese insgesamt schwierigen Rahmenbedingungen erwarten wir eine zunächst verhaltene Entwicklung des Neugeschäfts, aber dennoch eine stabile Ergebnissituation unserer Gesellschaft in den Jahren 2013 und 2014.

Köln, den 14. Februar 2013

Der Vorstand:

Markus Drews

Dr. Bodo Schmithals

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2012 (Anlage 1 zum Lagebericht)

	Anwärter		Invaliden- und Altersrenten		
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten TEUR
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	112.182	101.921	549	250	753
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	4.570	4.843	205	113	199
2. sonstiger Zugang	1.943	1.088	58	17	-459
3. gesamter Zugang	6.513	5.931	263	130	-260
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod	171	69	0	0	0
2. Beginn der Altersrente	210	112	0	0	0
3. Berufs- und Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	-3	1	0	0	0
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	592	563	0	0	0
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	559	580	0	0	0
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	44	27	0	0	0
7. sonstiger Abgang	-17	-36	-17	-10	-745
8. gesamter Abgang	1.556	1.316	-17	-10	-745
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	117.139	106.536	829	390	1.238
davon:					
1. beitragsfreie Anwartschaften	39.556	42.438	0	0	0
2. in Rückdeckung gegeben	1.715	1.508	0	0	0

Hinterbliebenenrenten					
Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten		
			Witwen	Witwer	Waisen
Anzahl	Anzahl	Anzahl	TEUR	TEUR	TEUR
1	4	0	3	4	0
0	0	0	0	0	0
0	-4	0	0	-4	0
0	-4	0	0	-4	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
1	0	0	3	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0

Bewegung des Bestandes an Zusatzversicherungen im Geschäftsjahr 2012 (Anlage 2 zum Lagebericht)

	Unfall-Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe TEUR
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	0	0	32.232	483.745
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres davon in Rückdeckung gegeben	0	0	34.200 19.854	480.884 383.288

Versicherungsarten (Anlage 3 zum Lagebericht)

Folgende Versicherungsarten sind im Geschäftsjahr 2012 betrieben worden:

Rentenversicherung

Fondsgebundene Lebensversicherung

Berufsunfähigkeitsversicherung

Zusatzversicherung

- Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung
- sonstige Zusatzversicherung

Jahresabschluss.

28 Bilanz

30 Gewinn- und Verlustrechnung

32 Anhang

32 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

36 Angaben zur Bilanz – Aktiva

41 Angaben zur Bilanz – Passiva

44 Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

46 Sonstige Angaben

Bilanz zum 31.12.2012

Aktiva	31.12.2012	31.12.2012	31.12.2012	31.12.2011
TEUR				
A. Kapitalanlagen				
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		3.730		3.724
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	33.669			33.489
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	314.820			190.562
3. Sonstige Ausleihungen	655.734			636.858
4. Einlagen bei Kreditinstituten	13.800			31.800
		1.018.023		892.709
			1.021.753	896.432
B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice				
			42.893	35.612
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft			28.282	22.404
– davon an verbundene Unternehmen: 0 (0) TEUR				
– davon gegenüber Untern. mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR				
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			0	5
– davon an verbundene Unternehmen: 0 (5) TEUR				
– davon gegenüber Untern. mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR				
III. Sonstige Forderungen			29.279	14.903
– davon an verbundene Unternehmen: 1.740 (782) TEUR				
– davon gegenüber Untern. mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR				
			57.560	37.313
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		1.675		899
II. Andere Vermögensgegenstände		7		38
			1.681	937
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			24.190	21.635
Summe der Aktiva			1.148.078	991.929

Ich bestätige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Köln, den 13. Februar 2013

Der Treuhänder: Walter Schmidt

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten B.II. und C. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 34If HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 11c in Verbindung mit § 118b Abs. 5 Satz 2 VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 24. Januar 2013 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Köln, den 13. Februar 2013

Der Verantwortliche Aktuar: Dr. Bodo Schmithals

Passiva	31.12.2012	31.12.2012	31.12.2012	31.12.2011
TEUR				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		4.000		4.000
II. Kapitalrücklage		20.311		20.311
III. Gewinnrücklagen				
andere Gewinnrücklagen		3.437		3.437
			27.748	27.748
IV. Bilanzgewinn			1.700	500
			29.448	28.248
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	9.229			9.356
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-82			-80
		9.147		9.276
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	956.628			829.142
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-4.682			-48.245
		951.946		780.897
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	1.734			1.645
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0			0
		1.734		1.645
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	40.238			32.180
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0			0
		40.238		32.180
			1.003.065	823.998
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag		42.893		35.612
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		0		-73
		42.893		35.539
D. Andere Rückstellungen				
I. Steuerrückstellungen		333		418
II. Sonstige Rückstellungen		1.654		1.400
			1.987	1.819
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			4.764	48.399
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft		24.740		23.193
– davon gegenüber verbundene Unternehmen: 72 (198) TEUR				
– davon gegenüber Untern. mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR				
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		109		367
– davon gegenüber verbundene Unternehmen: 96 (0) TEUR				
– davon gegenüber Untern. mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR				
III. Sonstige Verbindlichkeiten		41.072		30.367
– davon aus Steuern: 1 (0) TEUR				
– davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0 (0) TEUR				
– davon gegenüber verbundene Unternehmen: 2.443 (2.922) TEUR				
– davon gegenüber Untern. mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR				
			65.921	53.927
Summe der Passiva			1.148.078	991.929

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012

	2012	2012	2012	2011
TEUR				
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	119.688			118.241
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-6.204			-7.919
		113.484		110.321
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	127			-389
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	2			-421
		128		-811
			113.613	109.511
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			4.373	6.053
3. Erträge aus Kapitalanlagen			53.810	38.185
– davon aus verbundenen Unternehmen: 270 (270) TEUR				
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			3.498	21
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			47.514	262
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-16.799			-12.295
bb) Anteil der Rückversicherer	2.851			3.037
		-13.949		-9.259
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-89			-289
bb) Anteil der Rückversicherer	0			0
		-89		-289
			-14.037	-9.548
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
Deckungsrückstellung				
a) Bruttobetrag		-134.768		-116.307
b) Anteil der Rückversicherer		-43.636		5.959
			-178.404	-110.348
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			-13.742	-9.882
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung			-7.658	-9.330
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen			-2.156	-5.772
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			0	-3.800
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			-2.982	-2.487
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			3.829	2.867

Anmerkung: Aufwandsposten sind zusätzlich mit einem Minuszeichen vor dem entsprechenden Betrag gekennzeichnet.

	2012	2012	2011
TEUR			
Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung – Übertrag		3.829	2.867
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	1.285		1.077
2. Sonstige Aufwendungen	-2.910		-3.428
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		2.204	517
4. Außerordentliche Erträge	2		0
5. Außerordentliche Aufwendungen	-407		-279
6. Außerordentliches Ergebnis		-404	-279
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-599	-238
8. Jahresüberschuss		1.200	0
9. Gewinnvortrag		500	500
10. Bilanzgewinn		1.700	500

Anmerkung: Aufwandsposten sind zusätzlich mit einem Minuszeichen vor dem entsprechenden Betrag gekennzeichnet.

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen aufgestellt.

Aktiva

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten ausgewiesen, sofern keine Abschreibungen und Zuschreibungen erforderlich sind. Evtl. erforderliche Abschreibungen erfolgen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip auf den beizulegenden Wert gem. § 341b Abs. 1 Satz 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen werden mit dem Nominalwert bzw. zu Anschaffungskosten bilanziert abzüglich erforderlicher Abschreibungen.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden zu Anschaffungskosten oder den darunter liegenden Marktwerten bewertet. Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden gemäß § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschulden, übrige Ausleihungen sowie Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine werden gem. § 341c HGB zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Dabei werden die Kapitalanlagen bei Erwerb mit dem Kaufkurs angesetzt und der Unterschiedsbetrag zum Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit amortisiert.

Im Zuge der Harmonisierung des Bilanzausweises für alle Konzerngesellschaften und unter Beachtung des IDW Rundschreiben HFA18 „Bilanzierung von Anteilen an Personenhandelsgesellschaften“ hat sich die HGB-Klassifizierung von Private Equity-Investments zum Teil verändert: Gemäß HFA18 sind Anteile an Personenhandelsgesellschaften, sofern sie zum Anlagevermögen gehören, stets als Beteiligungen i.S.v. § 271 Abs. 1 Satz 1 HGB auszuweisen. Auf die Beteiligungsquote kommt es dabei nicht an. Sind die Voraussetzungen des § 271 Abs. 2 HGB erfüllt, liegen Anteile an verbundenen Unternehmen vor. Anteile an Private Equity-Fonds sind den Anteilen an Personenhandelsgesellschaften gleichgestellt, so dass auch hier ein Ausweis als Beteiligung geboten ist. Die betreffenden Investments sind mittels Umbuchung ab 1.1.2012 im HGB Anlagenspiegel als Beteiligungen ausgewiesen.

Im Rahmen des Wertaufholungsgebots gem. § 253 Abs. 5 HGB werden auf Vermögensgegenstände, die in früheren Jahren abgeschrieben wurden, Zuschreibungen bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungswerte oder auf einen niedrigeren Verkehrs- oder Börsenwert vorgenommen, wenn die Gründe für die dauerhafte Wertminderung entfallen sind und eine Werterholung eingetreten ist. Die Zuschreibungen werden erfolgswirksam vereinnahmt.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice werden mit dem Zeitwert bilanziert.

Alle übrigen Aktivposten werden mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Passiva

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden für jede Versicherung einzeln gerechnet und unter Berücksichtigung des Beginnmonats und der Zahlweise auf den Bilanztermin abgegrenzt. Die steuerlichen Bestimmungen werden beachtet.

Die Deckungsrückstellung für den Altbestand im Sinne von § 11c VAG und Artikel 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG wird nach den genehmigten geltenden Geschäftsplänen berechnet. Das aktuelle Niedrigzinsumfeld und das auf Grund der Methodik zur Ermittlung des gesetzlichen Referenzsatzes absehbar anhaltende Erfordernis einer Reservestärkung machen es notwendig, bereits für das Geschäftsjahr 2012 die Sicherheitsmargen im aufsichtsrechtlichen Altbestand zu erhöhen und für diejenigen Rentenversicherungen, deren Rechnungszins 3,25 % beträgt, eine geschäftsplanmäßig genehmigte Reservestärkung nach der Methode des § 5 Abs. 4 DeckRV mit einem Referenzzinssatz von 3,15 % vorzunehmen. Der Gesamtaufwand für die Bildung dieser Reservestärkung beträgt im Geschäftsjahr 11,9 Mio. EUR. Die Deckungsrückstellung für den Neubestand wird unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet.

Die Deckungsrückstellungen werden für jede Versicherung einzeln gerechnet und unter Berücksichtigung des Beginnmonats auf den Bilanztermin abgegrenzt.

Methoden und Berechnungsgrundlagen gemäß § 52 Nr. 2a RechVersV zur Ermittlung maßgeblicher Teilbestände (100 % der Deckungsrückstellung):

Versicherungsbestand	Tarifgeneration	Ausscheidungsordnung	Zinssatz ⁴⁾	
Rentenversicherungen	2012	DAV 2004 R	1,75 %	
		GSt 87/93 mod.	1,75 %	
	2007, 2008	DAV 2004 R	2,25 %	
		GSt 87/93 mod.	2,25 %	
	2005, 2006	DAV 2004 R	2,75 %	
		GSt 87/93 mod.	2,75 %	
	2002	DAV 2004 R-B8 ¹⁾	3,25 %	
		GSt 87/93 mod.	3,25 %	
	Berufsunfähigkeitsversicherungen	2012	DAV 1997 I ²⁾	1,75 %
			GSt 87/93 mod.	1,75 %
2007, 2008, 2009		DAV 1997 I ²⁾	2,25 %	
		GSt 87/93 mod. ³⁾	2,25 %	
2005, 2006		DAV 1997 I ²⁾	2,75 %	
		GSt 87/93 mod. ³⁾	2,75 %	
2002		DAV 1997 I ²⁾	3,25 %	
		GSt 87/93 mod. ³⁾	3,25 %	

1) oder wertgleiche Ansätze

2) z. T. modifiziert um Zu- und Abschläge für Risikogruppen

3) bei den Tarifen KDE abweichend DAV 1994T.

4) Von der Reservestärkung aufgrund der Neubewertung der Deckungsrückstellung in Abhängigkeit vom aktuellen Zinsniveau sind genau die Versicherungsverträge mit einem Rechnungszins von 3,25 % betroffen. Im Rahmen der Neubewertung wird 3,15 % als Referenzzinssatz berücksichtigt.

Erläuterungen

Die Deckungsrückstellung wird einzelvertraglich nach der prospektiven Methode unter Berücksichtigung implizit angesetzter Kosten berechnet. Dies geschieht für den Neubestand nach anerkannten versicherungsmathematischen Methoden. Für den Altbestand im Sinne von § 11c in Verbindung mit § 118 b Abs. 5 Satz 2 VAG erfolgt dies nach den genehmigten geltenden Geschäftsplänen.

Bei beitragsfreien Versicherungen und Versicherungen mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer wird zusätzlich eine Verwaltungskostenrückstellung für beitragsfreie Zeiten gebildet. Ihre Höhe richtet sich nach den hierfür kalkulatorisch angesetzten Zuschlägen, da diese nach heutigem Kenntnisstand ausreichend bemessen sind. Für beitragspflichtige Versicherungen ist auf Grund der vorsichtigen Prämienkalkulation eine Verwaltungskostenrückstellung grundsätzlich nicht erforderlich. Für die von den Urteilen des Bundesgerichtshofs vom 12.10.2005, 26.9.2007 und 25.7.2012 betroffenen Versicherungen sind die sich daraus ergebenden Anforderungen an Mindestwerte für Rückkaufswerte und beitragsfreie Versicherungssummen berücksichtigt.

Die Zillmerung der Versicherungen des Altbestands erfolgt nach den genehmigten geltenden Geschäftsplänen. Versicherungen des Neubestands werden mit bis zu 40 % der Beitragssumme gezillmert.

Für zugewiesene Rentenzuwächse berechnet sich die Deckungsrückstellung mit den Ausscheideordnungen und Zinssätzen, die auch bei der Deckungsrückstellung der entsprechenden garantierten Leistung verwendet werden.

Die Angaben gemäß § 28 Abs. 8 Nr. 4 RechVersV erfolgt auf der Seite 42.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sowie Rückkäufe, Rückgewährbeträge und Austrittsvergütungen für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wird für die in Frage kommenden Versicherungen einzeln ermittelt. Aufwendungen für die Regulierung von Versicherungsleistungen werden in steuerlich zulässiger Höhe berücksichtigt.

Die Spätschadenrückstellung betrifft die Versicherungsfälle, die bis zum 31. Dezember eingetreten, aber zu diesem Zeitpunkt dem Unternehmen noch nicht bekannt sind. Zur Ermittlung der Spätschadenrückstellung werden Verfahren mit unternehmenseigenen Daten angewendet, die gegenüber der BaFin erläutert worden sind.

Die Deckungsrückstellung zu Versicherungen, bei denen das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird, folgt dem Aktivwert (vgl. hierzu auch die Erläuterungen zur Aktivseite auf Seite 32).

Für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft werden die Anteile der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß den Rückversicherungsverträgen ermittelt.

Die übrigen Rückstellungen werden nach dem Grundsatz vorsichtiger kaufmännischer Bewertung mit ihrem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag angesetzt und soweit die erwarteten Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen, gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem von der Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsVO) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten sieben Jahre abgezinst.

Passive latente Steuern aufgrund der handels- und steuerrechtlich voneinander abweichenden Bewertungsgrundsätzen werden mit aktiven latenten Steuern aus Bewertungsdifferenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz verrechnet

Etwaige über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts gem. § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert. Die Bewertung der latenten Steuern erfolgt mit einem Körperschaftsteuersatz (inkl. Solidaritätszuschlag) in Höhe von 15,83 % und einem Gewerbesteuersatz in Höhe von 16,63 %.

Die effektive Steuerquote liegt insbesondere aufgrund gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen für Zinsen über der nominalen Steuerquote.

Alle übrigen Passivposten werden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Beteiligungsgeschäft

Bei Mitversicherungsverträgen werden die von den federführenden Gesellschaften übernommenen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung – ihrem wirtschaftlichen Charakter folgend – für unseren Anteil den entsprechenden Jahresabschlussposten zugeordnet. Für einige Verträge wird die anteilige Deckungsrückstellung nach einem Näherungsverfahren berechnet. Für diese Verträge stehen zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses entsprechend den Mitteilungen der Konsortialführer nur unterjährige Werte zur Verfügung, die nach anerkannten versicherungsmathematischen Methoden auf den 31.12.2012 fortgeschrieben werden.

Währungsumrechnung

Soweit die Bilanzposten oder Posten der Gewinn- und Verlustrechnung Beträge in ausländischer Währung enthalten, werden sie zu den amtlich fixierten Mittelkursen vom 31.12.2012 bzw. zu Transaktionskursen umgerechnet. Eine Ausnahme bilden die Anteile an verbundenen Unternehmen, die zu fortgeführten historischen Kursen angesetzt werden.

Hinweis:

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit des Abschlusses, werden die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung und der Anhang in Tausend Euro aufgestellt. Die einzelnen Posten, Zwischen- und Endsummen werden kaufmännisch gerundet. Die Addition der Einzelwerte kann daher von den Zwischen- und Endsummen um Rundungsdifferenzen abweichen.

Angaben zur Bilanz – Aktiva

Entwicklung des Aktivpostens A. im Geschäftsjahr 2012

	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbuchungen
TEUR			
A. Kapitalanlagen			
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0	6	0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	3.724	0	0
Summe A.I.	3.724	6	0
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	33.489	653	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	190.562	150.440	0
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	444.362	99.052	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	188.503	17.763	0
c) übrige Ausleihungen	3.994	94	0
4. Einlagen bei Kreditinstituten	31.800	0	0
Summe A.II.	892.709	268.002	0
Summe	896.432	268.008	0

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
0	0	0	6
0	0	0	3.724
0	0	0	3.730
472	0	0	33.669
26.243	168	106	314.820
76.525	0	0	466.889
21.509	0	0	184.757
0	0	0	4.088
18.000	0	0	13.800
142.750	168	106	1.018.023
142.750	168	106	1.021.753

Zu A. Kapitalanlagen

Ermittlung der Zeitwerte der Kapitalanlagen

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wird auf Basis des Ertragswert-, des Net Asset Value- bzw. des Appraisal Value-Verfahrens vorgenommen. Für einzelne Gesellschaften wird aus Vereinfachungsgründen der Buchwert als Zeitwert angesetzt.

Die Bewertung der Ausleihungen an verbundene Unternehmen wird auf Basis der aktuellen Marktnotierung der börsennotierten Anleihe vorgenommen. Auf Grund der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip erfolgt die Bilanzierung zu Anschaffungskosten.

Die Zeitwerte der Inhaberschuldverschreibungen und der anderen festverzinslichen Wertpapiere werden anhand der Börsenkurse bzw. dem Rücknahmepreis zum Bilanzstichtag ermittelt. Die Bewertung der zu Nominalwerten bilanzierten Kapitalanlagen erfolgt nach finanzmathematischen Methoden.

Die Zeitwerte der Namensschuldverschreibungen, der Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie der übrigen Ausleihungen werden auf Basis von durchschnittlichem Nominalzins, durchschnittlicher Restlaufzeit und Zinsstrukturkurve berechnet.

Die Zeitwertermittlung der sonstigen Kapitalanlagen erfolgt grundsätzlich auf Basis des Freiverkehrswertes gem. § 56 RechVersV. Dabei handelt es sich bei den an der Börse notierten Kapitalanlagen um den Börsenkurswert am Abschlussstichtag bzw. um die im Folgenden näher beschriebenen Verfahren:

Für Renten und Rentenfonds erfolgt die Ermittlung auf Basis eines Nominalwertverfahrens, das auf dem Ansatz des bei Endfälligkeit zu erwartenden Nominalwertes beruht, sofern keine bonitätsbedingten Anpassungen vorzunehmen sind. Für gemischte Fonds erfolgt die Ermittlung separat für die einzelnen Bestandteile wie Aktien und Renten nach den oben genannten Verfahren.

Kapitalanlagen

	Buchwerte	Zeitwerte	Saldo
TEUR			
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	6	6	0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	3.724	4.160	436
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	33.669	37.537	3.868
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	314.820	355.763	40.943
3. Sonstige Ausleihungen	655.734	746.990	91.256
4. Einlagen bei Kreditinstituten	13.800	13.800	0
Summe	1.021.753	1.158.256	136.503

Bei folgenden zu Anschaffungskosten bilanzierten Kapitalanlagen liegen die Zeitwerte unter den Buchwerten:

Kapitalanlagen mit stillen Lasten

	Buchwerte	Zeitwerte
TEUR		
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.206	2.728
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.892	6.354
sonstige Ausleihungen	77.447	71.417
Summe	88.545	80.499

Hierbei werden unter Anwendung von § 341b Absatz 2 HGB durch die Widmung ins Anlagevermögen Abschreibungen in Höhe von 2.017 TEUR vermieden.

Es handelt sich nach unserer Einschätzung um vorübergehende Wertminderungen.

Zu A.II. Sonstige Kapitalanlagen

Der Posten A.II.1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere beinhaltet nachfolgend aufgeführte Investmentfonds. Es handelt sich hierbei um Anteile an inländischen Investmentfonds, an denen unsere Gesellschaft jeweils über 10 % der Anteile hält. Es bestehen keine Einschränkungen hinsichtlich der Möglichkeit der täglichen Rückgabe.

	Buchwerte	Zeitwerte	Saldo	Auschüttung
TEUR				
Rentenfonds:				
Gerling Unternehmensanleihenfonds	29.811	34.157	4.347	1.392
Summe	29.811	34.157	4.347	1.392

Für im Anlagevermögen gehaltene Rentenfonds berechnet sich der beizulegende Wert des Fondsanteils aus der Summe seiner Konstituenten (Renten, Cash, Zinsabgrenzungen, Forderungen/Verbindlichkeiten, Derivate etc.).

Der beizulegende Wert jedes einzelnen Rententitels des Bestands entspricht dem Nominalwert je Renten-Titel oder dem niedrigeren Marktwert, sofern ein Kreditereignis vorliegt oder der Marktwert kleiner 50 % des Nominals ist.

Zu B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen

	31.12.2012			31.12.2011		
	Anzahl der Anteileinheiten	Wert pro Anteil	Tageswert des Anlagestocks	Anzahl der Anteileinheiten	Wert pro Anteil	Tageswert des Anlagestocks
EUR						
1000plus Deutschland	369.403	34	12.703.766	328.000	31	10.220.476
ACMBernstein-Gl.Gr.Tr. A	7.188	33	237.563	6.631	30	201.848
Basket 100	9	137	1.202	0	0	0
Basket 40	17	132	2.184	0	0	0
Basket 60	51	131	6.639	0	0	0
Basket 80	102	135	13.764	0	0	0
BGF-Emerging Europe Fund A2	14	93	1.304	7	79	550
BGF-Global Allo. A2	18	33	593	5	31	155
C-Quadrat Strategie AMI	57.999	48	2.756.692	53.523	44	2.363.576
DWS Akkumula	59	573	33.805	48	516	24.792
DWS Europäische AktienTyp O	13	176	2.291	6	143	857
DWS FlexPension 2023	64	140	8.961	64	128	8.212
DWS FlexPension II 2025	50	131	6.555	50	123	6.126
DWS FlexPension II 2026	5	130	652	55	123	6.786
DWS FlexPension II 2027	69	130	8.994	0	0	0
DWS German Equities Typ O	1.346	234	314.897	1.244	179	222.054
DWS Global Fund	0	0	0	2.089	63	131.837
DWS Invest Top Dividend LD	1.363	119	162.569	0	0	0
DWS Vermögensbildungsfds R	51.715	18	920.522	46.193	16	746.475
Fidelity European A Acc EUR	174		1.827	139	9	1.233
Gerling Euro Star 50	4.124	35	144.835	3.554	29	103.386
Gerling Substanzwerte P (t)	7	103	719	7	98	685
Invesco Global Eq.Income A USD	12.395	35	437.296	11.146	31	346.306
M&G Global Basics Fund A	32	24	764	28	23	644
MFK Chance	289.254	34	9.846.221	278.265	31	8.612.303
MFK Chance Bertelsmann	32.785	35	1.140.924	28.308	31	890.563
MFK Sicherheit	80.098	33	2.620.796	69.583	31	2.148.736
MFK Top Mix Strategie	7.381	36	263.059	5.036	33	164.370
MFK Wachstum	167.773	30	5.009.712	150.819	27	4.124.905
MFK Zukunft	43.018	27	1.156.323	40.197	24	975.994
MPC Compet.-Growth Portfolio	52.744	57	3.032.253	48.659	56	2.734.636
SEB EuroCompanies	258	44	11.458	223	39	8.608
SEB Optimix Chance	524	60	31.398	423	53	22.466
SEB Optimix Ertrag	86	52	4.460	73	51	3.708
SEB Optimix Wachstum	480	61	29.261	443	57	25.185
SEB Strategy Aggressive	113	37	4.129	100	32	3.229
Templeton Growth EUR A acc	175.022	11	1.905.990	157.790	9	1.472.181
Warburg Classic Fonds	885	15	13.629	593	15	8.634
Warburg Value Fund A	307	181	55.447	180	170	30.667
Summe			42.893.454			35.612.183

Zu C. Forderungen

Zu C.I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

	31.12.2012	31.12.2011
TEUR		
1. Versicherungsnehmer		
a) fällige Ansprüche	14.087	9.509
b) noch nicht fällige Ansprüche	3.228	3.852
2. Versicherungsvermittler	10.966	9.044
Summe	28.282	22.404

Angaben zur Bilanz – Passiva

Zu A.I. Gezeichnetes Kapital

Das als „Gezeichnetes Kapital“ ausgewiesene Grundkapital von 4.000 TEUR ist eingeteilt in 40.000 auf den Namen lautende Stückaktien à 100 EUR.

Zu B.IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (RfB)

TEUR	
Stand 31.12.2011	32.180
Entnahme für Gewinnanteile an Versicherungsnehmer	5.684
Zuweisungen aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	13.742
Stand 31.12.2012	40.238

Zusammensetzung der RfB

TEUR	
RfB, die auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge entfällt	
a) laufende Gewinnanteile	4.144
b) Schlussgewinnanteile und Schlusszahlungen	737
c) Beträge für die Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven	0
d) Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven, jedoch ohne Beträge nach c)	51
RfB, die auf den Teil des Schlussgewinnanteilfonds entfällt, der	
e) für die Finanzierung von Gewinnrenten zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach a)	74
f) für die Finanzierung von Schlussgewinnanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach den Buchstaben b) und e)	18.938
g) für die Finanzierung der Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach c)	0
h) ungebundene Teil der RfB (ohne a) bis g))	16.295
Summe	40.238

Bei der Entnahme für Gewinnanteile des Geschäftsjahres 2012 wurde keine Direktgutschrift berücksichtigt.

Für das Jahr 2013 wurden die auf den Seiten 49 bis 53 genannten Gewinnanteilsätze festgesetzt. Bei der Festlegung der laufenden Gewinnanteile wurde keine Direktgutschrift berücksichtigt.

Die Teilrückstellung des so genannten Schlussgewinnanteilfonds gemäß f) wird prospektiv und einzelvertraglich gerechnet und enthält für jedes zurückgelegte Versicherungsjahr die mit 3,2 % diskontierten anteiligen Schlussgewinnanteile. Dabei wird mit „anteilig“ der Anteil der bereits zurückgelegten Versicherungsdauer an der gesamten Versicherungsdauer bzw. der gesamten Aufschubzeit bei Rentenversicherungen bezeichnet. Hiervon abweichend wird für kapitalbildende Versicherungen ohne Schlussgewinnkonto der anteilige Endwert nach Maßgabe des zeitlichen Verlaufs der Entstehung der Erträge der Kapitalanlagen ermittelt. Die zum 31.12.2012 nach dem § 28 RechVersV in der Fassung vom 25.5.2009 ermittelten Werte des Schlussgewinnanteilfonds werden nach Berücksichtigung der festgelegten Schlussgewinnanteile und Bestandsveränderungen dabei nicht unterschritten. Für Versicherungen mit Schlussgewinnkonto enthält der Schlussgewinnanteilfonds grundsätzlich das jeweilige Schlussgewinnkonto, sofern positiv. Sterbe- und Stornowahrscheinlichkeiten werden nicht angesetzt. Für im Folgejahr vorzeitig fällig werdende Schlussgewinnanteile werden entsprechende Abzüge gemacht, die als Schlussgewinnanteile festgelegt werden.

Zu D.2. Sonstige Rückstellungen

	31.12.2012	31.12.2011
TEUR		
a) drohende Verluste ¹⁾	1.175	1.242
b) Jahresabschlusskosten	104	107
c) Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	48	47
d) zu zahlende Kosten und Gebühren	327	4
Summe	1.654	1.400

1) Rückstellung für anteilige Belastung durch künftige Mietausfälle bei leerstehenden Gebäuden in Hamburg

Zu F. Andere Verbindlichkeiten

Zu F.I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

	31.12.2012	31.12.2011
TEUR		
1. gegenüber Versicherungsnehmern	19.816	19.220
2. gegenüber Versicherungsvermittlern	4.924	3.973
Summe	24.740	23.193

Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern enthalten verzinslich angesammelte Überschussanteile in Höhe von 4.162 (3.831) TEUR.

Zu F.III. Sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2012	31.12.2011
TEUR		
Verbindlichkeiten aus dem Führungsfremdgeschäft	37.868	27.123
Kontokorrentverbindlichkeiten	2.443	2.922
übrige Verbindlichkeiten	761	323
Summe	41.072	30.367

Es bestehen keine Verbindlichkeiten, die eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren haben.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu I. Versicherungstechnische Rechnung

Zu I.1.a) Gebuchte Bruttobeiträge

	2012	2011
TEUR		
Einzelversicherungen	47.791	49.754
Kollektivversicherungen	71.897	68.487
laufende Beiträge	119.010	117.338
Einmalbeiträge	678	903
Pensionsversicherungen	115.936	114.470
Sterbegeldversicherungen	0	0
Zusatzversicherungen	3.752	3.771
aus Verträgen:		
ohne Gewinnbeteiligung	0	0
mit Gewinnbeteiligung	103.047	100.108
bei denen das Kapitalanlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird	16.641	18.133
Summe	119.688	118.241

Zu I.3. Erträge aus Kapitalanlagen

	2012	2011
TEUR		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	40.999	36.758
– davon aus verbundenen Unternehmen: 270 (270) TEUR		
b) Erträge aus Zuschreibungen	168	0
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	12.642	1.428
Summe	53.810	38.185
– davon: Erträge aus Kapitalanlagen, die auf Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen entfallen		
a) laufende Kapitalerträge	40	24
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	54	0
Summe	93	24

Zu I.9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung

	2012	2011
TEUR		
a) Abschlussaufwendungen	4.533	5.995
b) Verwaltungsaufwendungen	2.964	3.244
Summe	7.497	9.238
c) – davon ab:		
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	161	92
Summe	7.658	9.330

Zu I.10. Aufwendungen für Kapitalanlagen

	2012	2011
TEUR		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	1.113	924
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	106	1.316
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	937	3.532
Summe	2.156	5.772
– davon: Aufwendungen aus Kapitalanlagen, die auf Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen entfallen		
a) Verwaltungsaufwendungen	79	95
b) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	0	3
Summe	79	98

Rückversicherungssaldo für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft¹⁾

	2012	2011
TEUR		
Verdiente Beiträge	-6.202	-8.341
Aufwendungen für Versicherungsfälle	2.850	3.037
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	-161	-92
Veränderung der Deckungsrückstellung	-43.636	5.959
Saldo	-47.149	563

1) Bei der Darstellung des Rückversicherungssaldos sind Aufwandsposten zusätzlich mit einem Minuszeichen vor dem entsprechenden Betrag gekennzeichnet.

Zu II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

Zu 2. Sonstige Aufwendungen

In den sonstigen Aufwendungen sind Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 49 TEUR enthalten.

Zu 4. Außerordentliche Erträge

Bei den außerordentlichen Erträgen handelt es sich ausschließlich um Aufwendungen aus der Auflösung von Rückstellungen aus dem Projekt „WIR“.

Zu 5. Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen beinhalten die Aufwendungen aus dem Projekt „WIR“.

Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Gesellschaft ist gemäß §§ 124 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds-Finanzierungs-Verordnung (Leben) jährliche Beiträge von maximal 0,2 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen, bis ein Sicherungsvermögen von 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Für unsere Gesellschaft ergeben sich hieraus keine zukünftigen Verpflichtungen mehr.

Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 1.135 TEUR.

Zusätzlich hat sich die Gesellschaft verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds beträgt die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag 10.125 TEUR.

Im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung hat unsere Gesellschaft zur Anpassung zukünftiger Liquiditätsströme Vorkäufe mit einem Abrechnungsbetrag von insgesamt 44.826 TEUR getätigt. Es wurden festverzinsliche Wertpapiere mit Wertstellungen zwischen den Jahren 2016 und 2018 geordert. Der beizulegende Zeitwert der Vorkäufe betrug am Bilanzstichtag 5.345 TEUR. Bei den Vorkäufen handelt es sich um bilanzunwirksame schwebende Geschäfte. Das Underlying wird mit einer „buy and hold“-Absicht erworben und dem Anlagevermögen zugeführt.

Beteiligungen an unserer Gesellschaft

Die Talanx Deutschland AG, Hannover, hat uns mitgeteilt, dass ihr unmittelbar eine Mehrheitsbeteiligung an der HDI Pensionskasse AG, Köln, (Mitteilung gemäß § 20 Abs. 4 AktG) sowie gleichzeitig unmittelbar mehr als der vierte Teil der Aktien an der HDI Pensionskasse AG, Köln, (Mitteilungen gemäß § 20 Abs. 1 und 3 AktG) gehört.

Konzernabschluss

Die Gesellschaft ist Konzerngesellschaft des HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Hannover, sowie der Talanx AG, Hannover. Der HDI (Mutterunternehmen des HDI-Konzerns) stellt nach § 341 i HGB einen Konzernabschluss auf, in den die Gesellschaft einbezogen wird. Für die Talanx AG als Mutterunternehmen des Talanx-Konzerns ergibt sich daneben die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses aus § 290 HGB, welcher auf der Grundlage von § 315 a Absatz 1 HGB gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, erstellt wird. Die Konzernabschlüsse werden im Bundesanzeiger bekannt gegeben.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2012	2011
TEUR		
1. Provisionen der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Geschäft	1.995	2.825
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0	0
3. Löhne und Gehälter	0	0
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	0	0
5. Aufwendungen für Altersversorgung	0	21
Summe	1.995	2.846

Mitarbeiter

Die HDI Pensionskasse AG beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Organe

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf den Seiten 4 und 5 aufgeführt.

Organbezüge

Die aktiven Vorstandsmitglieder haben für ihre Tätigkeit in unserer Gesellschaft keine Bezüge erhalten. Sofern sie auch Organe anderer Gesellschaften des Talanx-Konzern sind, erhielten Vorstandsmitglieder Bezüge für ihre Tätigkeit in diesen Gesellschaften.

Für ihre frühere Tätigkeit in unserer Gesellschaft erhielten ehemalige Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene Bezüge von 5 TEUR.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten für die Tätigkeit in unserer Gesellschaft keine Bezüge.

Köln, den 14. Februar 2013

Der Vorstand:

Markus Drews

Dr. Bodo Schmithals

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.

Wir haben den Jahresabschluss --bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang-- unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der HDI Pensionskasse Aktiengesellschaft, Köln (bis 28. September 2012 HDI-Gerling Pensionskasse Aktiengesellschaft, Köln), für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, den 27. Februar 2013

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Rainer Husch
Wirtschaftsprüfer

Rolf-Theo Klein
Wirtschaftsprüfer

Überschussbeteiligung.

Beteiligung an den Bewertungsreserven

Bei überschussberechtigten Verträgen werden die Kunden gemäß Versicherungsvertragsgesetz (VVG) direkt an den Bewertungsreserven der HDI Pensionskasse AG beteiligt. Nach § 153 Abs. 3 VVG hat der Versicherer die Bewertungsreserven mindestens einmal jährlich zu ermitteln und unter Berücksichtigung der geltenden aufsichtsrechtlichen Regelungen den einzelnen Versicherungsverträgen nach einem verursachungsorientierten Verfahren rechnerisch zuzuordnen.

Die Höhe der Bewertungsreserven der HDI Pensionskasse AG wird monatlich ermittelt - jeweils zum Handelsschluss des ersten Börsentages eines jeden Kalendermonats (Bewertungsstichtage). Die Bewertungsstichtage der Geschäftsjahre 2012 und 2013 können Sie der nachfolgenden Tabelle entnehmen:

Bewertungsstichtage	
2012	2013
02.01.2012	02.01.2013
01.02.2012	01.02.2013
01.03.2012	01.03.2013
02.04.2012	02.04.2013
02.05.2012	02.05.2013
01.06.2012	03.06.2013
02.07.2012	01.07.2013
01.08.2012	01.08.2013
03.09.2012	02.09.2013
01.10.2012	01.10.2013
01.11.2012	01.11.2013
03.12.2012	02.12.2013

Bei Beendigung des Vertrags ist der zum Bewertungsstichtag des Vormonats ermittelte Betrag maßgeblich.

Bei Rentenversicherungen in der Anwartschaft erfolgt die Zuteilung nach § 153 Abs. 4 VVG zum Rentenbeginn; auch hier wird der Betrag zum Bewertungsstichtag des Vormonats ermittelt.

Bei fälligen Renten werden die Bewertungsreserven anteilig zum Ende jedes Versicherungsjahres zugeteilt und zur Erhöhung der versicherten Leistungen verwendet oder bar ausgezahlt. Sie beruhen auf den Bewertungsreserven zum Bewertungsstichtag 1. Oktober 2012.

Gewinnbeteiligung der Versicherten

Im Folgenden sind die Gewinnanteilsätze bzw. die Erhöhung der Anwartschaft auf Schlussgewinnanteile bei Erleben des Ablaufs für die gewinnberechtigten Versicherungen in Euro dargestellt, die am 31.12.2012 im Bestand waren. Grundsätzlich gelten diese für Zuteilungen ab dem 1.1.2013.

Für aufgeschobene Rentenversicherungen mit planmäßigem Rentenbeginn bis zum 1.3.2013 sowie für Versicherungen im Rentenbezug mit Versicherungstichtag 1.1. bis 1.3. sind für die Gewinnzuteilungen im Jahr 2013 die Gewinnanteilsätze des Jahres 2012 maßgebend.

Die Darstellung der Überschussanteilsätze ist folgendermaßen gegliedert:

- I. Rentenversicherungen einschließlich fondsgebundener Versicherungen jeweils vor Rentenbeginn
- II. Berufsunfähigkeitsversicherungen als Haupt- oder Zusatzversicherung jeweils vor Rentenbeginn
- III. Versicherungen im Rentenbezug

Die Vorjahreswerte sind, sofern sie sich von den Werten für 2013 unterscheiden, in Klammern angegeben.

Der Hamburger Bestand umfasst alle Versicherungen, die nach den Tarifen KDE abgeschlossen wurden.
Der Kölner Bestand umfasst die anderen Versicherungen.

Die Versicherungen des Hamburger Bestandes werden folgenden Tarifgenerationen zugeordnet:

Tarifgeneration	Bestandsuntergruppen, Gewinnverbände
2007	Bestandsuntergruppen, die mit „12“ enden
2006	Bestandsuntergruppen, die mit „11“ enden
2005	Gewinnverbände, die mit „09“ oder „10“ enden
2002	Sonstige Gewinnverbände

I. Rentenversicherungen einschließlich fondsgebundener Versicherungen jeweils vor Rentenbeginn

1. Zinsgewinnanteile

Den Rentenversicherungen und fondsgebundenen Rentenversicherungen mit Kapitalerhalt werden folgende laufende Zinsgewinnanteile in % des Deckungskapitals der Stammversicherung und in % des Deckungskapitals des Rentenzuwachses zugeteilt.

	Tarifgeneration			2012	2013
	2002	2005, 2006	2007, 2008		
Fondsgebundene Hamburger Versicherungen ¹⁾²⁾	0	0,0000 (0,0416)	0,0416 (0,0830)	-	-
Kölner AVmG-Versicherungen ¹⁾²⁾	0,000	0,000 (0,041)	0,041 (0,082)	0,082 (0,123)	0,082
Sonstige Versicherungen	0,00	0,00 (0,50)	0,50 (1,00)	1,00 (1,50)	1,00

1) Bei fondsgebundenen Versicherungen in % des klassischen Deckungskapitals bzw. gewinnberechtigten Garantiekontos

2) monatliche Zuteilungen

Bei den Hamburger Rentenversicherungen erfolgt die Zuteilung nach Ablauf einer Wartezeit von 5 % der Aufschubzeit. Bei den Hamburger fondsgebundenen Versicherungen mit Kapitalerhalt erfolgt die Zuteilung nach Ablauf einer Wartezeit von 12 Monaten.

Der Ansammlungszinssatz beträgt 3,25 % für Versicherungen der Tarifgeneration 2002, sonst 2,75 % (3,25 %).

2. Kosten- und Risikogewinnanteile

- Kölner AVmG-Versicherungen der Tarifgenerationen 2002 bis 2006 des Abrechnungsverbandes GR sowie des Gewinnverbandes „Kollektiv“ erhalten grundsätzlich einen Schlusskostengewinnanteil von 0,15 % des Gesamtkapitals (RMA02)

bzw. des gewinnberechtigten Garantiekapitals (FRMA 02). Der Schlusskostengewinnanteil wird auf bis zu 0 % um den Betrag gekürzt, um den der guthabenabhängige Kostensatz 0,5 % unterschreitet.

- Kölner AVmG-Versicherungen der Tarifgenerationen 2007 bis 2013 erhalten einen Kostengewinnanteil von 0,25 % des Anteilguthabens einschließlich Schlussgewinnbeteiligung. 75 % des Gewinnanteils werden als laufende und 25 % als Schlussgewinnbeteiligung zugeteilt. Versicherungen im Rahmen der Gruppenverträge mit Bertelsmann, DEHOGA und des Zukunftsfonds Medien, Druck und Papier erhalten grundsätzlich einen Schlusskostengewinnanteil von 0,15 % des Gesamtkapitals (RMA02, RMA12 bzw. RMA13) bzw. des gewinnberechtigten Garantiekapitals (FRMA 02). Der Schlusskostengewinnanteil wird auf bis zu 0 % um den Betrag gekürzt, um den der guthabenabhängige Kostensatz 0,5 % unterschreitet.
- Beitragspflichtige Hamburger Rentenversicherungen der Gewinnverbände GR und MR (Tarifgeneration 2002) erhalten nach Ablauf der Wartezeit von 5 % der Aufschubzeit einen Grundüberschussanteil von 0,2 % des gewinnberechtigten Deckungskapitals.
- Beitragspflichtige Hamburger fondsgebundene Versicherungen erhalten einen Kostengewinn von 2 % des gewinnberechtigten Beitrags.
- Fondsgebundene Hamburger Versicherungen erhalten nach Ablauf einer Wartezeit bis zum Ende der Aufschubzeit monatlich 1/12 von 1,6 % (Tarifgeneration 2002), 1 % (Tarifgeneration 2006), 0,5 % (Tarifgeneration 2007) des vorhandenen Fondsvermögens als (weiteren) Kostengewinn. Die Wartezeit für diesen zusätzlichen Gewinnanteil ist für Makler- und Firmengruppentarife das Maximum aus 15 Jahre und der Aufschubzeit abzgl. 5 Jahre und für Maklertarife der BrokerLine das (auf ganze Jahre gerundete) Maximum aus 18 Jahre, 80 % der Aufschubzeit sowie der Aufschubzeit abzgl. 7 Jahre.
- Fondsgebundene Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen erhalten einen Risikogewinn von 25 % des gewinnberechtigten Risikobeitrags.

3. Schlussgewinnanteile

Folgende jährliche Erhöhungen der Schlussgewinnanwartschaften werden zugeteilt:

			Satz	Bezugsgröße
Hamburg	Rentenversicherung	Tarifgeneration 2007	6,50 % (7,25 %)	Jahresrente
		Tarifgeneration 2005, 2006	6,00 % (6,50 %)	Jahresrente
		Tarifgeneration 2002	0,00 % (5,00 %)	Jahresrente
	Fondsgebundene Versicherungen	Tarifgeneration 2006, 2007	4,00 %	Deckungskapital ⁴⁾
		Tarifgeneration 2002	0,00 % (4,00 %)	Deckungskapital ⁴⁾
Köln	AVmG-Versicherungen ¹⁾	Tarifgeneration 2002	0,000 % (0,040 %)	wie LGA ²⁾
			0,267 % (0,307 %)	SGB ³⁾
		sonst	0,041 % (0,040 %)	wie LGA ²⁾
	sonstige Versicherungen		0,267 % (0,307 %)	SGB ³⁾
		Tarifgeneration 2002	0,00 % (0,50 %)	wie LGA ²⁾
			3,25 % (3,75 %)	SGB ³⁾
		sonst	0,50 %	wie LGA ²⁾
			3,25 % (3,75 %)	SGB ³⁾

1) monatliche Zuteilung

2) Bezugsgröße wie für laufende Zinsgewinnanteile

3) erreichte Schlussgewinnbeteiligung nur für nicht fondsgebundene Versicherungen

4) Garantie-Deckungskapital zum vereinbarten Rentenbeginn

Beitragsfreie Hamburger Versicherungen erhalten hiervon abweichend die Hälfte der vorgenannten Erhöhungen.

II. Berufsunfähigkeitsversicherungen vor Rentenbeginn

Die hier beschriebenen Versicherungen kommen in der Ausprägung der Zusatz- und Hauptversicherung vor. Es werden die in der folgenden Tabelle genannten Gewinnanteilsätze zugeteilt:

	Tarifgeneration	Risikogruppe	Beitragsgewinnanteil (Form A) ¹⁾	Bonus (Form B) ²⁾	Gewinnanteil zur Erhöhung der Leistungen der Renten- versicherung (Form G) ³⁾
Köln	ab 2012	A1	–	56	36
		sonst	–	43	30
	2009		–	75	43
	2008		–	43	30
	2002 - 2007	A	38	82	45
		sonst	25	43	30
Hamburg			25	–	–

1) in % des gewinnberechtigten Beitrags

2) in % der versicherten Leistungen

3) in % des gewinnberechtigten Risikobeitrags

Für beitragsfreie Kölner Versicherungen gilt die folgende Tabelle:

Tarifgeneration	Satz ¹⁾
2013	1,30 %
2012	1,30 % (1,80 %)
2007 - 2009	0,80 % (1,30 %)
2005 - 2006	0,30 % (0,80 %)
2002	0,00 % (0,30 %)

1) Bezugsgröße ist das gewinnberechtigte Deckungskapital zzgl. Deckungskapital für den bereits gutgeschriebenen Rentenanteil

Der Ansammlungszinssatz beträgt 3,05 % (3,55 %).

III. Versicherungen im Rentenbezug

Fällige Renten- und Berufsunfähigkeitsversicherungen (außer mit Gewinnform S) erhalten folgende Gewinnanteile in % der Vorjahresrente, bei Barauszahlung, Gewinnform H oder V abweichend in % des Deckungskapitals:

	Tarifgeneration						
	2002		2005, 2006	2007 - 2009	2012	2013	
	A	B	C				
Rentenversicherungen	0,05 (0,55)	0,00	0,00 (0,30)	0,55 (1,05)	1,05 (1,55)	1,55 (2,05)	1,60
Berufsunfähigkeitsversicherungen ¹⁾		0,00 (0,30)		0,30 (0,80)	0,80 (1,30)	1,30 (1,80)	1,35

1) Hamburger fondsgebundene Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen erhalten in der Rentenbezugszeit keine Gewinnanteile

A Kölner fondsgebundene Rentenversicherungen mit Rentenbeginn ab 01.04.2006

B sonstige Rentenversicherungen mit Rentenbeginn vor dem 01.04.2007

C sonstige Rentenversicherungen mit Rentenbeginn ab dem 01.04.2007

Für Rentenversicherungen mit der Gewinnform S wird die Berechnung des Rentengewinnanteils in der folgenden Tabelle dargestellt und erläutert:

Tarifgeneration	Rentenbeginn	Rentengewinnanteil ab	
		dem ersten Rentenbezugsjahr ¹⁾	Beginn eines neuen Rentenbezugsjahr ²⁾
2007, 2008	ab 01.04.2013	0,03	1,00
	01.04.2012 - 31.03.2013	0,33	0,50 (1,00)
	01.04.2011 - 31.03.2012	0,51	0,20 (0,70)
	bis 31.03.2011	0,90	0,00 (0,05)
2005, 2006	ab 01.04.2013	0,00	0,55
	01.04.2012 - 31.03.2013	0,03	0,50 (1,00)
	01.04.2011 - 31.03.2012	0,21	0,20 (0,70)
	bis 31.03.2011	0,60	0,00 (0,05)
2002 ³⁾	ab 01.04.2012	0,00	0,05 (0,55)
	bis 31.03.2012	0,30	0,00 (0,05)
2002 ⁴⁾	ab 01.04.2012	0,00	0,00 (0,30)
	01.04.2007 - 31.03.2012	0,30	0,00
	01.04.2004 - 31.03.2007	0,03	0,00
	bis 31.03.2004	0,27	0,00

1) in % des 1,05-Fachen des Deckungskapitals

2) in % der Vorjahresrente ggf. einschließlich Rentengewinnanteil

3) fondsgebundene Rentenversicherungen mit Rentenbeginn ab 01.04.2006

4) sonstige Versicherungen

Bericht des Aufsichtsrats.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand der HDI Pensionskasse AG, die bis zum 28. September 2012 als HDI-Gerling Pensionskasse AG firmierte, auf der Basis ausführlicher schriftlicher und mündlicher Berichte des Vorstands regelmäßig überwacht. Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand in zwei ordentlichen Sitzungen und durch regelmäßige Vorlage von Unterlagen über die Lage und die strategische Ausrichtung der Gesellschaft, den Geschäftsverlauf sowie das Risikomanagement unterrichten lassen. Die einzelnen Themen hat er intensiv hinterfragt, diskutiert und – soweit nach Gesetz, Satzung oder Geschäftsordnung erforderlich – nach eingehender Prüfung und Beratung ein Votum abgegeben. Der Aufsichtsratsvorsitzende wurde darüber hinaus vom Vorstand laufend über wichtige Entwicklungen, anstehende Entscheidungen und die Risikolage im Unternehmen unterrichtet.

Schwerpunkte der Beratungen im Plenum

Aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft und der laufenden Berichterstattung waren im Geschäftsjahr 2012 keine Prüfungsmaßnahmen nach § 111 Abs. 2 AktG erforderlich.

Ferner wurde der Aufsichtsrat in den Sitzungen über den aktuellen Stand zum Risikomanagement sowie zur Risikostrategie informiert. Er hat sich von der Leistungsfähigkeit des Risikomanagementsystems überzeugt und die Risikostrategien für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 im Rahmen der Sitzungen erörtert. Damit wird auch den aufsichtsbehördlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement im Rahmen einer guten und verantwortungsbewussten Unternehmensführung und -überwachung entsprochen.

Der Aufsichtsrat konnte feststellen, dass der Vorstand seine operativen Schwerpunkte zutreffend gesetzt und geeignete Maßnahmen ergriffen hat. Insgesamt hat der Aufsichtsrat im Rahmen seiner gesetzlichen und satzungsgemäßen Zuständigkeiten an den Entscheidungen des Vorstands mitgewirkt und sich von der Rechtmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Unternehmensführung überzeugt.

Jahresabschlussprüfung

Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Gesellschaft sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers haben dem Aufsichtsrat vorgelegen. Der vom Vorstand vorgelegte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 sowie der Lagebericht sind unter Einbeziehung der Buchführung von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, geprüft worden. Die Bestellung der Abschlussprüfer erfolgte durch den Aufsichtsrat; der Aufsichtsratsvorsitzende erteilte den konkreten Prüfungsauftrag. Die Prüfung hat keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben; in dem erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk wird erklärt, dass die Buchführung und der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln, und dass der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht.

Die Abschlussunterlagen und der Prüfungsbericht der KPMG wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugeleitet.

Der Abschlussprüfer war bei der Bilanzaufsichtsratsitzung anwesend, hat über die Durchführung der Prüfung berichtet und stand dem Aufsichtsrat für ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Nach dem abschließenden Ergebnis der vom Aufsichtsrat selbst vorgenommenen Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts hat er sich dem Urteil der Abschlussprüfer angeschlossen und den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss in der Bilanzaufsichtsratsitzung am 28. Februar 2013 gebilligt. Damit ist der Jahresabschluss festgestellt. Dem Lagebericht und insbesondere den dort getroffenen Aussagen zur weiteren Unternehmensentwicklung stimmt der Aufsichtsrat zu.

Der vom Vorstand erstellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers hierzu lagen vor und wurden vom Aufsichtsrat geprüft. Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über we-

sentliche Ergebnisse seiner Prüfung unterrichtet und dem Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat schließt sich nach seiner Prüfung dieser Beurteilung an und hat keine Einwendungen gegen die Erklärungen des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen.

Der Aufsichtsrat hat ferner den Bericht des Verantwortlichen Aktuars über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts 2012 zur versicherungsmathematischen Bestätigung für das Geschäftsjahr 2012 jeweils nach Aussprache ohne Beanstandung entgegengenommen.

Nach eingehender Prüfung unter Berücksichtigung der Kapitalbasis und der Vorsorge für die Gesellschaft sowie der Aktionärsinteressen befürwortet der Aufsichtsrat den vom Vorstand vorgelegten Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns und schließt sich diesem an.

Besetzung von Aufsichtsrat und Vorstand

Im Aufsichtsrat sowie im Vorstand hat es im Berichtszeitraum keine Veränderungen gegeben.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern der Gesellschaft für ihren Einsatz und die geleistete Arbeit.

Köln, den 28. Februar 2013

Der Aufsichtsrat:

Ulrich Rosenbaum
Vorsitzender

Impressum

HDI Pensionskasse AG

Charles-de-Gaulle Platz 1

50679 Köln

Telefon +49 221 144-1

Telefax +49 221 144-3833

Amtsgericht Köln, HRB 43158

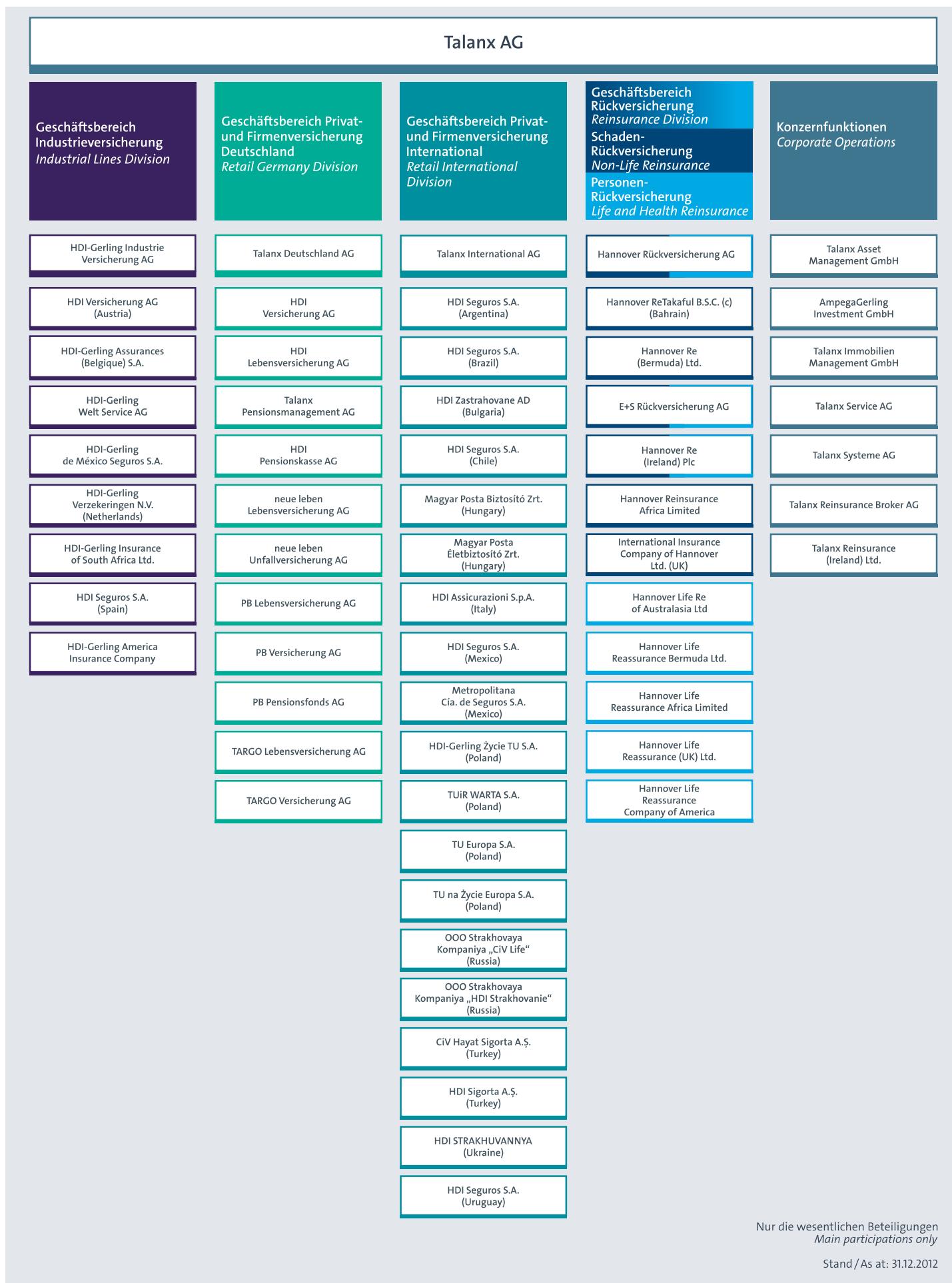
www.hdi.de

Ansprechpartner für Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon +49 511 3747-2022

Telefax +49 511 3747-2025

pr@talanx.com



HDI Pensionskasse AG
Charles-de-Gaulle-Platz 1
50679 Köln
Telefon + 49 221 144-5599
Telefax + 49 221 144-3833
www.hdi.de
www.talanx.com

talánx.